

**Die politischen Orientierungen der
Studenten an den Universitäten der Bundeswehr
im Vergleich
zu den Studenten an öffentlichen Hochschulen**

DISTRIBUTION STATEMENT A
Approved for Public Release
Distribution Unlimited

Dezember 2001

20050930 086

A. Bonnemann

C. Posner

AQ F05-12-3729

REPORT DOCUMENTATION PAGE

Form Approved OMB No. 0704-0188

Public reporting burden for this collection of information is estimated to average 1 hour per response, including the time for reviewing instructions, searching existing data sources, gathering and maintaining the data needed, and completing and reviewing the collection of information. Send comments regarding this burden estimate or any other aspect of this collection of information, including suggestions for reducing this burden to Washington Headquarters Services, Directorate for Information Operations and Reports, 1215 Jefferson Davis Highway, Suite 1204, Arlington, VA 22202-4302, and to the Office of Management and Budget, Paperwork Reduction Project (0704-0188), Washington, DC 20503.

1. AGENCY USE ONLY (Leave blank)		2. REPORT DATE December 2001	3. REPORT TYPE AND DATES COVERED Research Report	
4. TITLE AND SUBTITLE Die politischen Orientierungen der Studenten an den Universitaeten der Bundeswehr im Vergleich zu den Studenten an oeffentlichen Hochschulen (The Political Views of Students at the Universities of the Armed Forces in Comparison to Those of Students at Public Institutions)			5. FUNDING NUMBERS	
6. AUTHOR(S) A. Bonnemann and C. Posner				
7. PERFORMING ORGANIZATION NAME(S) AND ADDRESS(ES) UNIBW				
9. SPONSORING/MONITORING AGENCY NAME(S) AND ADDRESS(ES) Universitaet fuer der Bundeswehr Hamburg Holstenhofweg 85 D-22043 Hamburg GERMANY			10. SPONSORING/MONITORING AGENCY REPORT NUMBER	
11. SUPPLEMENTARY NOTES Text in German, 32 pages.				
12a. DISTRIBUTION/AVAILABILITY STATEMENT Category A; Public Release.			12b. DISTRIBUTION CODE	
ABSTRACT (Maximum 200 words) The generally conveyed image of the soldier and the profession of the officer generally tend towards the conservative, and the results of the current study convincingly confirm this stereotype. This fact is true in particular through the given opportunity of comparing these views with those of students at national, i.e. public universities. On the seven-level continuum (extremely left-wing being 1, extremely conservative being 7) of political opinion, 43 percent of the Armed Forces' students came out as 5, and 31 percent as 4, meaning that three-quarters of the student body scaled to the center or right of the center. Seventy-0two percent of the public university students, on the other hand, were either center or left of center. Although comparatively few in number, many more military students rated at a 7 than did public university students. Machine assisted translation.				
14. SUBJECT TERMS UNIBW, German, German military, German politics, Civil military relations, Military higher education			15. NUMBER OF PAGES	
			16. PRICE CODE	
17. SECURITY CLASSIFICATION OF REPORT UNCLASSIFIED	18. SECURITY CLASSIFICATION OF THIS PAGE UNCLASSIFIED	19. SECURITY CLASSIFICATION OF ABSTRACT UNCLASSIFIED	20. LIMITATION OF ABSTRACT UL	

Inhalt	Seite
1. Vorwort	1
2. Politische Einstellungen in der Veränderung? Zum Verfahren	1
3. Ergebnisse	3
3.1. Vergleich: UniBw versus Landesuniversitäten	3
3.2. Zeitvergleich: Untersuchung 1995 versus 1999	4
3.3. Vergleich: Alte versus neue Bundesländer	4
3.4. Differenzierung nach Wunsch Berufsoffizier (BO) versus Zeitoffizier (ZO)	6
3.5. Landesuniversitäten getrennt nach Wehrdienst und Zivildienst versus UniBw-Studenten	6
4. Verteilung der politischen Grundrichtungen und Präferenzen	8
4.1. Vergleich UniBw 1995 und 1999	9
4.2. Vergleich UniBw versus Landesuniversitäten	11
5. Verortung der politischen Grundrichtung im Links-Rechts-Kontinuum	12
6. Politische Ziele	14
7. Demokratische Prinzipien	19
8. Demokratische Wirklichkeit	21
9. Die politischen Einstellungen der UniBw-Studenten nach Cluster-Analyse	24
10. Zusammenfassung	28
Literatur	32

1. Vorwort

Der folgende Beitrag ist in einem insgesamt breiteren Kontext zu sehen. In dem Bemühen, mit den Verfahren der empirischen Hochschulforschung Strukturen und Zusammenhänge von Berufs- und Studienfachwahl einerseits und die Prozesse von Studium und Lehre an den Universitäten der Bundeswehr andererseits zu erkunden, spielen die politischen Einstellungen der Studenten eine nicht unerhebliche Rolle. Sie sind ein wichtiger Indikator für die Berufswahl und bestimmen implizit Haltungen und Motive für das Studium und die Studienmotivation mit.

In den im Längsschnitt und durch den Vergleich mit Studenten an den Landesuniversitäten auch im Querschnitt angelegten Studentenuntersuchungen sind die politischen Einstellungen lediglich ein Untersuchungsgegenstand im Zusammenhang mit anderen Variablen. Der folgende Bericht ist zwar in sich abgeschlossen, aber er stellt einen Auszug aus der insgesamt umfangreicheren Untersuchung dar. Erste Auswertungen zu den politischen Einstellungen wurden aus Gründen der Aktualität zusammen mit weiteren Ergebnissen bereits im Oktober 2000 dem akademischen Senat der Universität der Bundeswehr Hamburg zur Kenntnis gegeben (Bonemann, A. und Posner C., 2000).

2. Politische Einstellungen in der Veränderung? Zum Verfahren

Mit einer systematischen Befragung der Studenten der Universitäten der Bundeswehr durch das Hochschuldidaktische Zentrum (HDZ) wurde Anfang der 80er Jahre begonnen. Zunächst bezogen sich die Untersuchungen lediglich auf die UniBw Hamburg, seit 1995 wurde auch die Schwesteruniversität in München einbezogen. Mit dieser Ausweitung auf beide Universitäten der Bundeswehr wurde auch das Inventar der Fragen erweitert, womit erstmals auch die politischen Einstellungen der Offizieranwärter erfragt wurden. Das Konzept der Untersuchungen an den UniBw war von Anfang an ähnlich dem der Konstanzer Untersuchungen angelegt, sie erfolgten beispielsweise in regelmäßigen Abständen (in der Regel in einem drei-Jahres-Rhythmus), wurden allerdings zunächst ohne deren Kenntnis durchgeführt. Die HDZ-Befragungen blieben zunächst auf die spezifischen Bedingungen und den Studienreformansatz des Studiums an den Bundeswehruniversitäten bezogen (Trimestersystem, Regelstudienzeit, Anleitstudium, Offizierstudenten). Erst später und dank der freundlichen Bereitschaft für eine Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Hochschulforschung an der Universität Konstanz konnten wir für die 1995er-Befragung unser Instrumentarium erweitern und diverse Fragen aus dem umfangreichen Inventar des Konstanzer Fragebogens für die eigenen Untersuchungen nutzen. Der Fragenkatalog zu den politischen Einstellungen der Studenten gehört dazu.

Der erstmalige Vergleich dieser Ergebnisse zwischen denen der Landesuniversitäten und der Offizierstudenten hatte dann auch auffallende Unterschiede in den Einstellungen gezeigt (Bonemann, A. und Hofmann-Broll, U. 1999). Die Folgeuntersuchungen fanden im WS 97/98 (an den Landesuniversitäten) bzw. im Frühjahrtrimester 1999 (an den UniBw) statt. Im folgenden wird es daher zum einen erstmals bei den Untersuchungen an den UniBw um Vergleiche im Längsschnitt gehen und zum anderen erneut um den Vergleich zwischen den neu erhobenen Daten beider Studentengruppen.

Diese Vergleiche schließen notwendigerweise eine hinweisende Darstellung der Konstanzer Ergebnisse mit ein. Eine erste zusammenfassende Vorstellung und Bewertung dieser Konstanzer Resultate hat T. Bargel allerdings an anderer Stelle bereits vorgenommen (Bargel, T., 2000) mit folgendem Resümee:

Das politische Engagement der Studierenden hat sich weiter abgekühlt, entsprechend ist das Interesse am politischen Geschehen insgesamt zurückgegangen. Dies betrifft insbesondere gerade

auch die Hochschulpolitik, eigenständige studentische Politik ist fast völlig verloren gegangen, die Beteiligung an Hochschulwahlen ist sehr gering. Die offiziellen Gremien und die allgemeinen Studentenausschüsse finden kaum Resonanz. Bargel spricht von einem „politischen Vakuum“ in der Studentenschaft, zwar nicht im Sinne politischer Apathie, sondern als Aufgabe von Einmischung und Engagement. Die Bereitschaft zum Protestieren und Demonstrieren, begründet in Lebensphase und -situation ist analog deutlich zurückgegangen. Mehr und mehr macht sich eine eigentümliche Gleichgültigkeit in der Studentenschaft breit, ein Rückzug auf die Zuschauerrolle. Studenten orientieren sich mehr an der Verbesserung der eigenen Lage als an der Verbesserung der Lebens- und Studienbedingungen.

Die Studentenschaft distanzierte sich bereits Anfang der 80er-Jahre klar von Idealen und Ideologien sozialistischer und kommunistischer Provenienz. Seither finden konventionelle und konservative Ziele zunehmend an Bedeutung. Doch insgesamt stimmen Studierende in Ost- und Westdeutschland am häufigsten mit grün-alternativen und sozialdemokratischen Grundpositionen überein, allerdings nicht mehr so überzeugt wie noch vor wenigen Jahren. Christlich-konservative und liberale Positionen bleiben umstritten. National-konservative auf der rechten und kommunistisch-marxistische Positionen auf der linken Seite des politischen Spektrums werden in der großen Mehrheit abgelehnt, aber in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre haben national-konservative Positionen in bemerkenswerter Weise an Zustimmung gewonnen.

Die politischen Ansichten sind eingebettet in einen allgemeinen Wertewandel. Es verschieben sich die Einstellungen gegenüber Merkmalen wie z.B. Wettbewerb, Leistung oder soziale Ungleichheit. Die Anhänger linker und alternativer Ideen haben sich in der Vertretung von Ansichten und Überzeugungen zurückgezogen, nicht mehr die Sozial- und Geisteswissenschaftler spielen einen dominierenden Part an den Universitäten, er wurde weitgehend übernommen von den Juristen, Ökonomen und auch Ingenieuren. In diesen Berufsgruppen finden sich am häufigsten konventionelle und konservativ-rechte Ansichten, aus ihnen rekrutieren sich in der Regel die Führungskräfte.

Die fundamentalen Prinzipien der Demokratie werden nahezu übereinstimmend akzeptiert. Dennoch gibt es eine größer werdende Minderheit, die eine national-konservative, rechte Gesinnung vertritt und diese mit tendenziell antidemokratischen Haltungen verbindet.

Bargel kommt zu dem Schluß, dass diese Veränderungen seit den 80er-Jahren einen Wandel im politischen Bewußtsein und Potenzial der Studierenden bedeuten. Die zunehmende politische Gleichgültigkeit unter den Studierenden enthält eine Abnahme öffentlicher Tugenden. Statt Partizipation und Engagement entwickelt sich egoistischer Individualismus mit Zügen von Gleichgültigkeit, Passivität und Kühle.

An diese Längsschnittanalyse der Konstanzer Gruppe können wir mit unseren Ergebnissen nicht unmittelbar anschließen, dafür fehlt eine längere zeitliche Dimension, aber wir können durch die Parallelisierung der Ergebnisse mit unserer durch die Berufswahl selektierten Studententichprobe bestimmte aktuelle Trends und Aussagen weiter verfolgen und präzisieren. Dabei ist es von vornherein gegeben, dass es sich bei den Einstellungen der Studenten der UniBw um die Analyse eines primär konservativen Habitus handeln wird, der mit der Wahl des Offizierberufs verbunden ist und der sich dann auch als besonders auffallend bei unserem ersten Datenvergleich aus der Untersuchung von 1995 herausgestellt hatte.

Die politischen Einstellungen und Haltungen der UniBw-Studenten spielen bei der Entscheidung für den Offizierberuf offensichtlich nicht nur eine wichtige, sondern eine entscheidende Rolle. In die Überlegungen für die Entscheidung wird mit einbezogen, in welcher Weise und in welchem Umfang sich die eigenen Wert- und Normvorstellungen im späteren beruflichen Handeln wieder-

finden und/oder verwirklichen lassen. Die Differenzen im Vergleich zu den Angaben der Studenten der Landesuniversitäten waren nicht nur besonders auffällig, sie zeigten vor allem ein bestimmtes abweichendes Muster, das als „rechts von der Mitte“ beschrieben werden konnte.

Mit der Wiederholung der Untersuchung kann und soll überprüft werden, inwieweit das 1995 erstmals aufgezeigte Einstellungsmuster politischer Grundüberzeugungen der UniBw-Studenten als stabil und damit als relativ überdauernd gelten kann. Zweitens kann die Differenz in den Angaben zu den politischen Einstellungen im Vergleich zu denen der Studenten der Landesuniversitäten noch einmal als spezifischer Indikator für die Wahl des Offizierberufs herausgestellt werden.

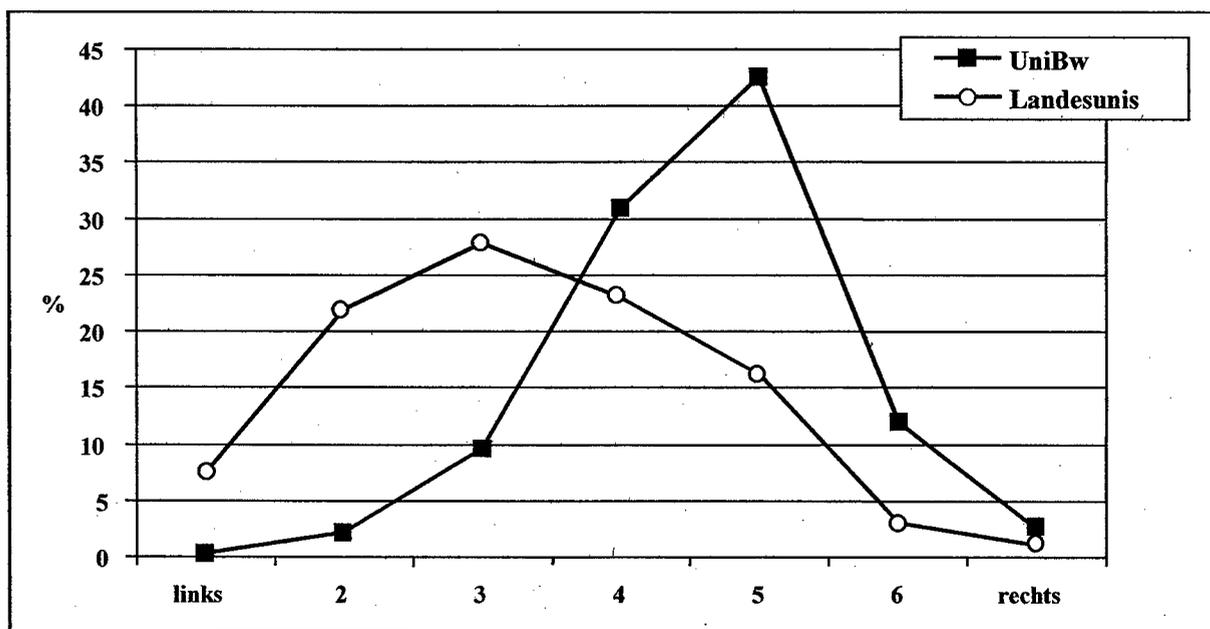
3. Ergebnisse

3.1. Vergleich: UniBw versus Landesuniversitäten

Grafik 1: Studenten nach Links-Rechts-Schema

Frage: *Verglichen mit den meisten Leuten in diesem Land bin ich politisch ziemlich...*

Basis: UniBw-Studenten Hamburg und München ohne Fachhochschule,
Männliche Studenten der Landesuniversitäten (Angaben in Prozent)



Die Graphik zeigt die Verteilung der studentischen Angaben der Landesuniversitäten (1998) und die der UniBw (1999) im Vergleich auf der Links-Rechts-Skala. Die zwei Kurven unterscheiden sich wesentlich. Die Kurve der Studenten der Landesuniversitäten hat ihren vergleichsweise flacheren Gipfel auf der linken Seite der Skala (höchster Wert bei Stufe 3 mit 27%), hingegen liegt der der UniBw-Studenten (höchster Wert bei Stufe 5 mit 43%) auf der rechten Seite. Die Verteilung der Daten an den Landesuniversitäten erscheint insgesamt ausgeglichener, sie ist zwar über die gesamte Skala gesehen nach links verschoben und die rechte Außenposition ist kaum besetzt, aber in dieser Schiefe wird in Annäherung eine flache Glockenverteilung erkennbar.

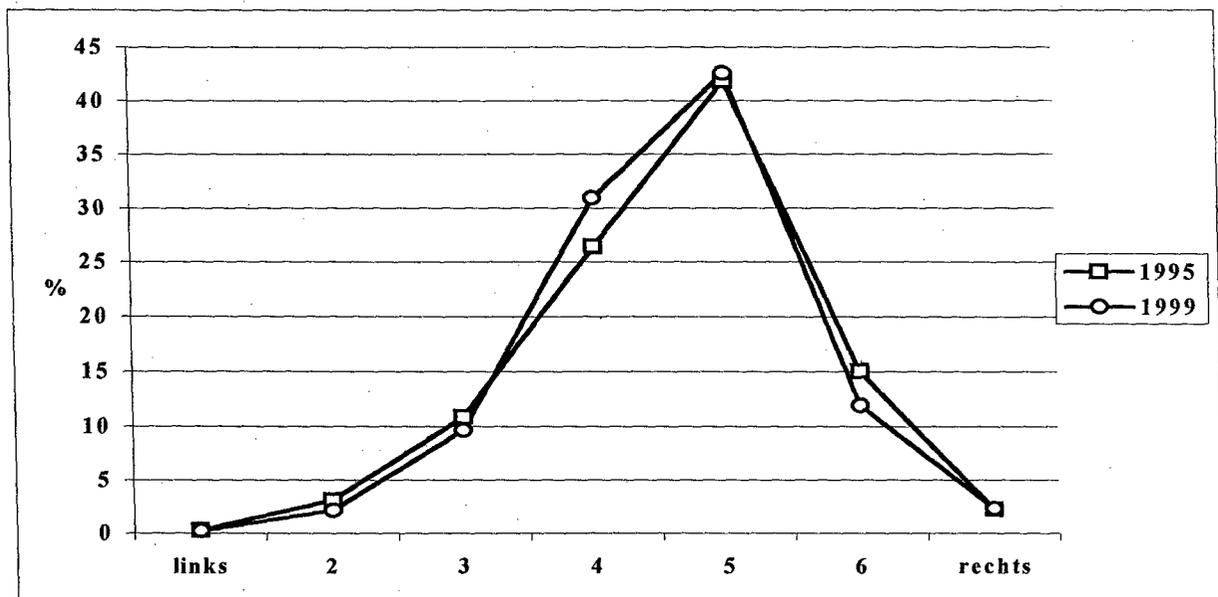
Der Kurvenverlauf für die UniBw-Studenten hat einen anderen Charakter. Die Zuordnungen auf der linken Seite bleiben in den ersten 3 Stufen zunächst gering, steigen in der Mitte steil an, erreichen den höchsten Wert bei der Stufe 5 rechts von der Mitte und fallen dann wieder steil ab, liegen aber dennoch bei den Stufen 6 und 7 oberhalb der Angaben der Vergleichsgruppe. Die UniBw-Studenten sind danach erkennbar homogener in ihrer Positionierung auf der Links-Rechts-

Skala, sie sehen sich in der Mehrheit in der Mitte (Stufe 4 UniBw 31 %, LU 23 %) und mehr noch etwas rechts von der Mitte (Stufe 5 UniBw 43 %, LU 16 %), die Positionen auf der linken Seite sind schwach besetzt, die zwei Positionen am rechten Ende der Skala werden ebenfalls deutlich weniger gewählt, dennoch unterstützen sie von der Häufigkeit her die stärkere Rechtsorientierung (Stufe 6 UniBw 12 %, LU 3 %).

3.2. Zeitvergleich: Untersuchung 1995 versus 1999

Grafik 2: Zeitvergleich UniBw Hamburg und München, 1995 und 1999

Frage: *Verglichen mit den meisten Leuten in diesem Land bin ich politisch ziemlich...*



Die Verteilung der Angaben in beiden Untersuchungen ergibt eine im ganzen gesehen hohe Übereinstimmung. Der Verlauf beider Kurven ist sehr ähnlich. Dennoch sind geringfügige Abweichungen zu konstatieren, die auf einen erwähnenswerten Trend hinweisen: Die Ausrichtung zur Mitte hat leicht zugenommen, d.h. auf der linken und auf der rechten Seite der Skala gehen die Angaben weiter zurück, bei der Stufe 4 (Mitte) haben sich die Angaben leicht erhöht.

Damit läßt sich als zentrales Ergebnis des Vergleichs der Untersuchungen von 95 und 99 festhalten, dass von einer verhältnismäßig stabilen Verteilung in der Selbstpositionierung der UniBw-Studenten auf der Skala zwischen links und rechts ausgegangen werden kann. Die Generation der Offizierstudenten der späten 90er-Jahre hat ähnliche Vorstellungen in ihrer politischen Ausrichtung wie die der frühen und mittleren 90er-Jahre.

3.3. Vergleich: Alte versus neue Bundesländer

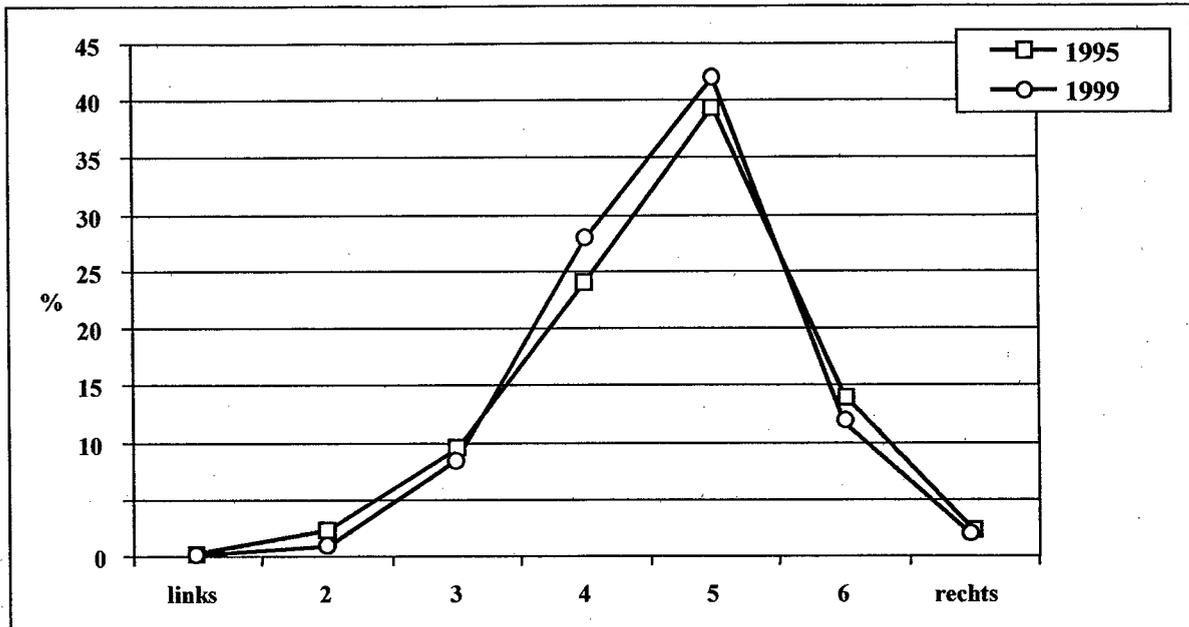
Auch die Differenzierung zwischen den Angaben der Studenten aus den alten und den neuen Ländern ist in diesem Zusammenhang aufschlussreich. Wir dokumentieren die Ergebnisse in zwei voneinander getrennten Graphiken und nehmen gleichzeitig die Untersuchungsergebnisse der 95er-Befragung jeweils zum Vergleich noch einmal mit auf.

Grafik 3: UniBw-Studenten nach Links-Rechts-Schema, Zeitvergleich 1995 und 1999

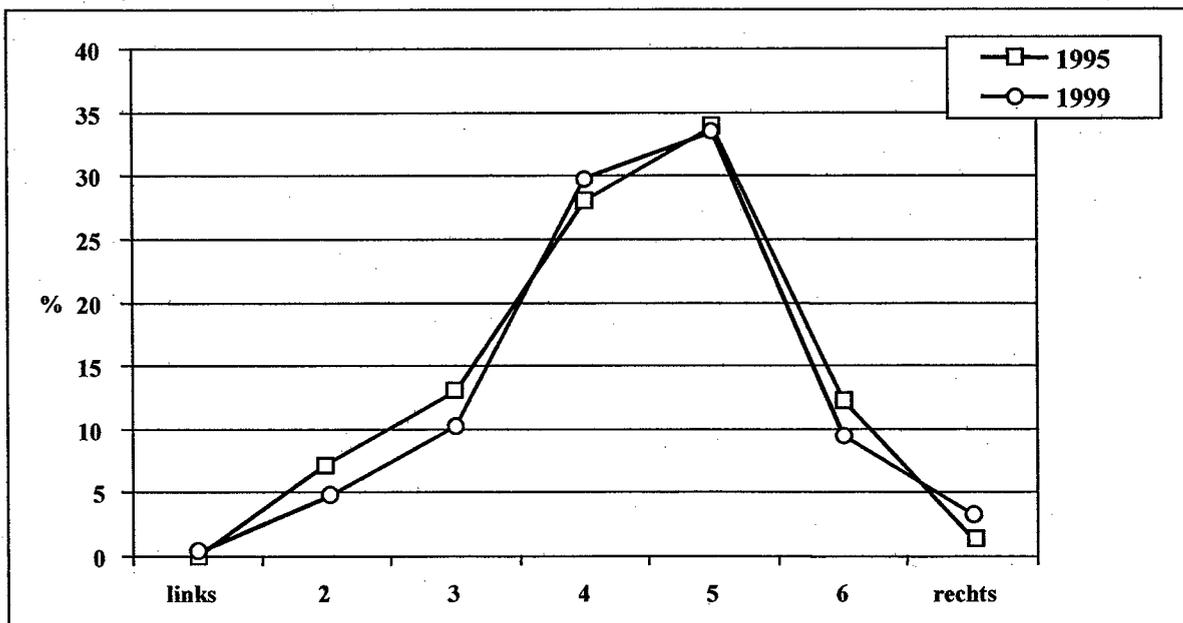
Frage: Verglichen mit den meisten Leuten in diesem Land bin ich politisch ziemlich...

Basis: UniBw-Studenten Hamburg und München ohne Fachhochschule (Angaben in Prozent)

Alte Bundesländer



Neue Bundesländer



Beziehen wir uns auf die Ergebnisse der Studenten aus den neuen Bundesländern, dann wird erkennbar, dass der Kurvenverlauf vergleichsweise flacher ist, d.h. der höchste Wert (Stufe 5) liegt hier nur bei 33% im Vergleich zu 43% aus den alten Ländern. Die Zuordnung zu Stufe 4 (Mitte) ist ebenfalls erhöht. Aber zwei andere Angaben der Studenten aus den neuen Ländern sind im Zeitvergleich bemerkenswert. Die linken Positionen, die bei den Studenten aus den neuen Ländern häufiger vertreten sind, haben erkennbar abgenommen, und auf der rechten Seite hat die äußere Position Anhänger hinzugewonnen.

Die Zuordnung nach politischer Grundüberzeugung auf der Links-Rechts-Skala unterscheidet sich damit bei den UniBw-Studenten aus den neuen und alten Bundesländern graduell. Vergleichsweise mehr Studenten aus den neuen Bundesländern vertreten linke Positionen, die mittlere Position ist etwas stärker ausgeprägt, die Einordnung etwas rechts von der Mitte (Stufe 5) ist deutlich abgesetzt von der der Studenten aus den alten Ländern und die rechte Extremposition ist wieder – relativ gesehen – stärker vertreten. Die politischen Grundüberzeugungen der UniBw-Studenten aus den neuen Ländern weisen demnach eine breitere Streuung über das gesamte Spektrum der Links-Rechts-Skala auf.

3.4. Differenzierung nach Wunsch Berufsoffizier (BO) versus Zeitoffizier (ZO)

Die zusätzliche Trennung der Angaben nach Berufsperspektive BO versus ZO ergibt keine Auffälligkeit. Der Unterschied in den Angaben ist nach statistischer Berechnung nicht signifikant, eine leicht verstärkte Ausrichtung in den Antworten nach rechts bei den künftigen BO ist als Tendenz angedeutet.

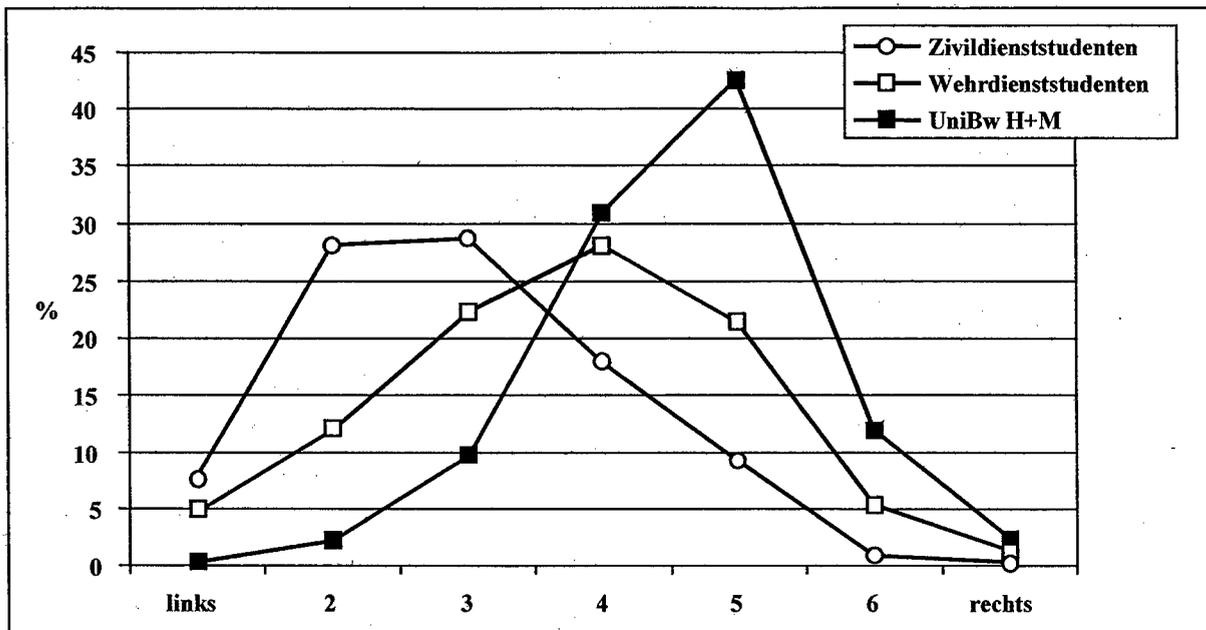
3.5. Landesuniversitäten getrennt nach Wehrdienst und Zivildienst versus UniBw-Studenten

Das Datenmaterial der Konstanzer Untersuchung läßt die Möglichkeit zu, die männlichen Studenten der Landesuniversitäten zusätzlich nach dem Kriterium des Ableistens des Wehrdienstes oder des Zivildienstes zu trennen. Diese Unterteilung bestätigt eindrucksvoll, dass die Entscheidung für den Dienst bei der Bundeswehr oder für den Zivildienst in hohem Maße auch von der jeweiligen politischen Grundüberzeugung getragen wird. Wer nach dem Abitur den Zivildienst absolviert hat, ordnet sich überwiegend in hoher Ausprägung linken Positionen zu, wer den Wehrdienst geleistet hat, kann sowohl linken als auch rechten Positionen nahe stehen – es zeigt sich fast eine Gauß'sche Verteilung - während, wie schon beschrieben, die Kurve für die UniBw-Studenten sich durch die starke Häufung der Angaben bei der Stufe 5 (= etwas rechts von der Mitte) und den auffallend höheren Zuordnungen auf der rechten Seite, deutlich von den zwei anderen Verteilungen auf der Links-Rechts-Skala absetzt.

Grafik 4: Studenten nach Links-Rechts-Schema 1999

Frage: *Verglichen mit den meisten Leuten in diesem Land bin ich politisch ziemlich...*

Basis: UniBwStudenten Hamburg und München ohne Fachhochschule (Angaben in Prozent)



Wir decken mit dieser Differenzierung das gesamte in diesem Zusammenhang interessierende Spektrum politischer Einstellungen von männlichen Studenten ab und präzisieren somit das spezielle politische Einstellungsmuster der Offizierstudenten weiter. Es verdeutlicht die große Distanz zu den Absolventen des Zivildienstes und die von ihnen auch noch einmal abgesetzte mittlere Position der Wehrpflichtabsolventen.

Die Studenten, die den Wehrdienst abgeleistet haben, zeigen in der Studentenschaft danach ein fast normalverteiltes Bild unterschiedlicher politischer Überzeugungen. Beide anderen Gruppierungen sind von ihren Ansichten her auf der Skala schief verteilt und jeweils entsprechend charakterisierbar.

Diese Vorgabe Zivildienst-, Wehrdienst-, UniBw-Studenten läßt sich weiter nach Studenten aus den neuen und den alten Ländern gliedern (hier nicht aufgeführt). Der Vergleich dieser Ergebnisse bestätigt noch einmal die graduellen Abweichungen in den Einstellungen der Studenten, die aus den neuen Ländern kommen. Sie zeigen sich hauptsächlich darin, dass die Kurve der Wehrdienststudenten nicht mehr den Charakter einer Normalverteilung besitzt, sondern auch bei ihnen sind die linken Positionen überzufällig häufiger vertreten.

Insgesamt – also auch bei den UniBw-Studenten – verweisen die Daten darauf, dass linke Grundüberzeugungen bei Studenten aus den neuen Ländern vergleichsweise öfter anzutreffen sind als bei Studenten aus den alten Ländern. An den Landesuniversitäten trifft diese Aussage insbesondere auf die ersten zwei (linke) Skalierungsstufen zu.

4. Verteilung der politischen Grundrichtungen und Präferenzen

Die Verteilungen nach dem Links-Rechts-Schema geben im Prinzip das Grundmuster der politischen Einstellungen vor, ohne sie jedoch an den Zielvorstellungen der verschiedenen politischen Grundrichtungen unseres Gesellschaftssystems festmachen zu können. Dieser Versuch soll im folgenden vorgenommen werden, wobei wir uns aus naheliegenden Gründen der Vergleichbarkeit mit Konstanz und der Untersuchung von 1995 an die gegebenen methodischen Vorbedingungen halten. Diese bestehen zum einen darin, dass die sechs klassischen Grundrichtungen des Parteienspektrums für eine Zuordnung im Fragebogen vorgegeben sind und zum anderen in der Anweisung an die Studenten, die jeweilige Präferenz zu einer Partei auf der zugehörigen siebenstufigen Skala zu benennen, also das Ausmaß an Zustimmung oder Ablehnung für die jeweiligen Ziele und Programme einer Partei. Damit ist nicht nach Parteizugehörigkeit gefragt, vielmehr ist mit der Anweisung, nach Präferenz zu urteilen, das Problem gemildert, zwischen den Parteien und ihren Programmen definitionsgenau und rational zu trennen, sondern gefragt ist die subjektiv-mentale und fühlenderische Zuordnung zu Parteien und ihren Programmen.¹

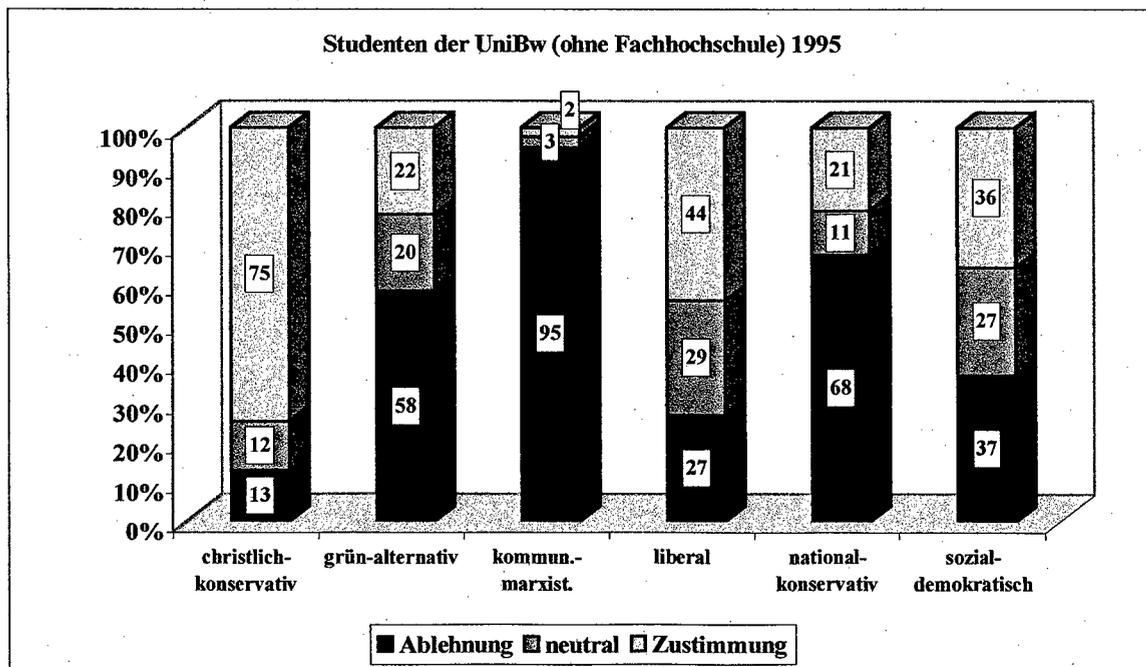
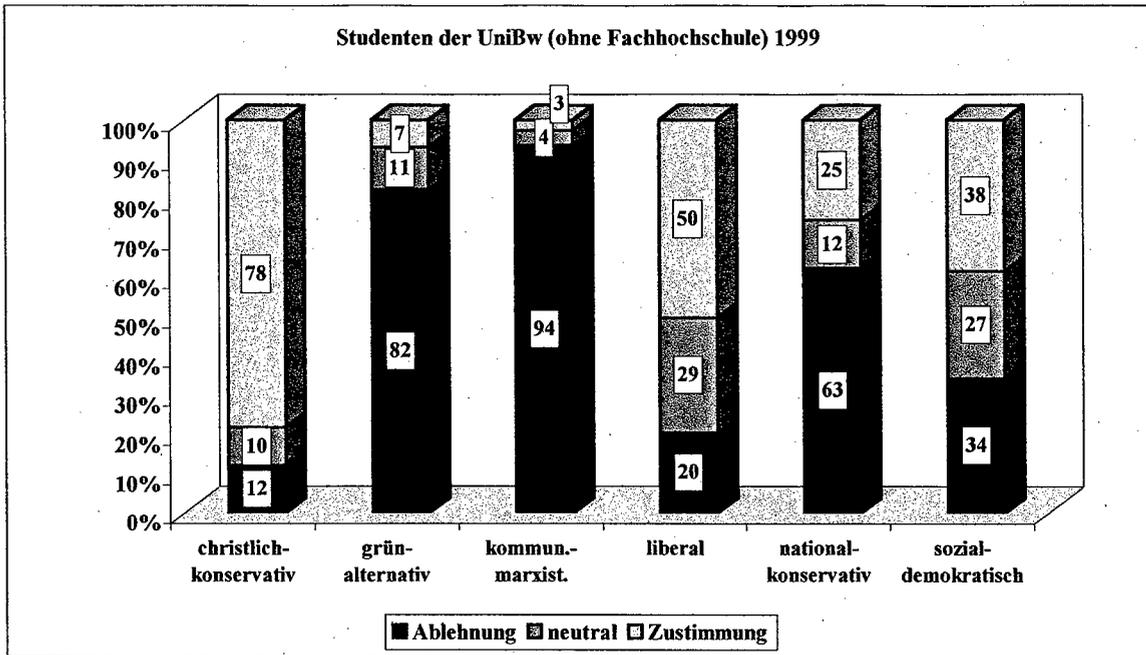
¹ Zuordnungen zu Parteien werden hauptsächlich getragen von assoziativer Affinität und Sympathie. Die Nutzung des vorliegenden Instruments der sechs politischen Grundrichtungen versteht sich vor dem Hintergrund des Längsschnitt- und Querschnittvergleichs, um bereits erhobene Ergebnisse fortschreiben zu können. Gleichwohl könnte es künftig angebracht sein, Weiterentwicklungen und Veränderungen in der politischen Landschaft zu berücksichtigen, um mögliche Irritationen in der Zuordnung zu einigen Grundrichtungen auszuschließen, bei denen sich die Bezeichnungen modifiziert haben. Das betrifft hier „national-konservativ“, „grün-alternativ“ und „kommunistisch-marxistisch“.

4.1. Vergleich UniBw 1995 und 1999

Grafik 5: Haltung gegenüber politischen Grundrichtungen UniBw 1995 und 1999

Frage: Wenn Sie Ihre politische Haltung insgesamt kennzeichnen, inwieweit stimmen Sie mit Positionen folgender politischer Grundrichtungen überein, und inwieweit lehnen Sie sie ab?

Basis: UniBw-Studenten Hamburg und München (ohne Fachhochschule) 1995 und 1999



Zusammenfassung der Skala von 1-7: Ablehnung 1-3, neutral 4, Zustimmung 5-7.

Die zwei Graphiken zeigen die Ergebnisse der 95er- und der 99er-Untersuchung. Angegeben sind, bezogen auf die sechs politischen Grundrichtungen, die jeweiligen Prozentangaben für Ablehnung (zusammengefasst auf der 7er Skala die Skalenstufen 1-3), neutral (die Stufe 4) und Zustimmung (zusammengefasst die Skalenstufen 5-7). Für jede der sechs vorgegebenen politischen Grundrichtungen konnte eine Statement abgegeben werden.

Der Vergleich zwischen den einzelnen parteipolitischen Richtungen ergibt folgendes:

- In den beiden großen Richtungen „christlich-konservativ“² und „sozialdemokratisch“ sind die Prozentangaben von 1995 relativ stabil geblieben, das gilt auch für die Ausrichtung „kommunistisch-marxistisch“, die aber ohnehin nur eine zu vernachlässigende Größenordnung darstellt.
- Eine auffällige Veränderung hat sich in der Zuordnung zu „grün-alternativ“ ergeben, die Zustimmung ist von 22% auf 7% zurückgegangen, oder in anderer Lesart, die Ablehnung von „grün-alternativ“ hat sich von 58% in der 95er-Befragung auf 82% erhöht.
- Die Zustimmung zu „liberalen“ Grundsätzen hat hingegen um 6% zugenommen.
- Um insgesamt 4% Zustimmung haben sich die Angaben zu der politischen Grundrichtung „national-konservativ“ auf nunmehr 25% erhöht, bzw. der Prozentsatz an Ablehnung hat sich im Vergleich zu 1995 um 5% auf 63 % verringert. Die Zunahme an Zustimmung für diese rechte Position ist beachtenswert, zumal die vergleichsweise hohe Quote an Zustimmung in der 95-Untersuchung bereits aufgefallen war.

Mit der Steigerung der Präferenzen für die drei bürgerlichen Parteien „christlich-konservativ“, „sozialdemokratisch“ und „liberal“ zeigt sich eine zunehmende Tendenz zur Mitte, hier findet sich die große Mehrheit der Befragten. „Grün-alternative“ Positionen haben stark an Sympathie verloren, etwas mehr Anhänger als 1995 bekennen sich zu „national-konservativ“.

Naheliegender ist an dieser Stelle wiederum eine Trennung der Daten zwischen Studenten aus den neuen und den alten Ländern vorzunehmen, ohne hier die Verteilungen im einzelnen graphisch vorzustellen. Einige beachtenswerte Verschiebungen sind auch hier festzustellen:

- Die Zustimmung zu „christlich-konservativ“ fällt in den alten Bundesländern wesentlich höher aus (83% alte BL, 69% neue BL).
- Die Ablehnung von „kommunistisch-marxistisch“ liegt in den alten Bundesländern bei 97%, in den neuen lediglich bei 86%.
- Das „National-Konservative“ wird in den alten Bundesländern zu 64% abgelehnt, in den neuen ergibt sich eine Quote von „nur“ 58%, der Anteil an Zustimmung erhöht sich entsprechend auf 27%. Die Erhöhung der Quote an Zustimmung für „national-konservativ“ geht also auf häufigere Zuordnungen von Studenten aus den neuen Ländern zurück.

² Die Parteispindenaffäre der CDU war zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht bekannt.

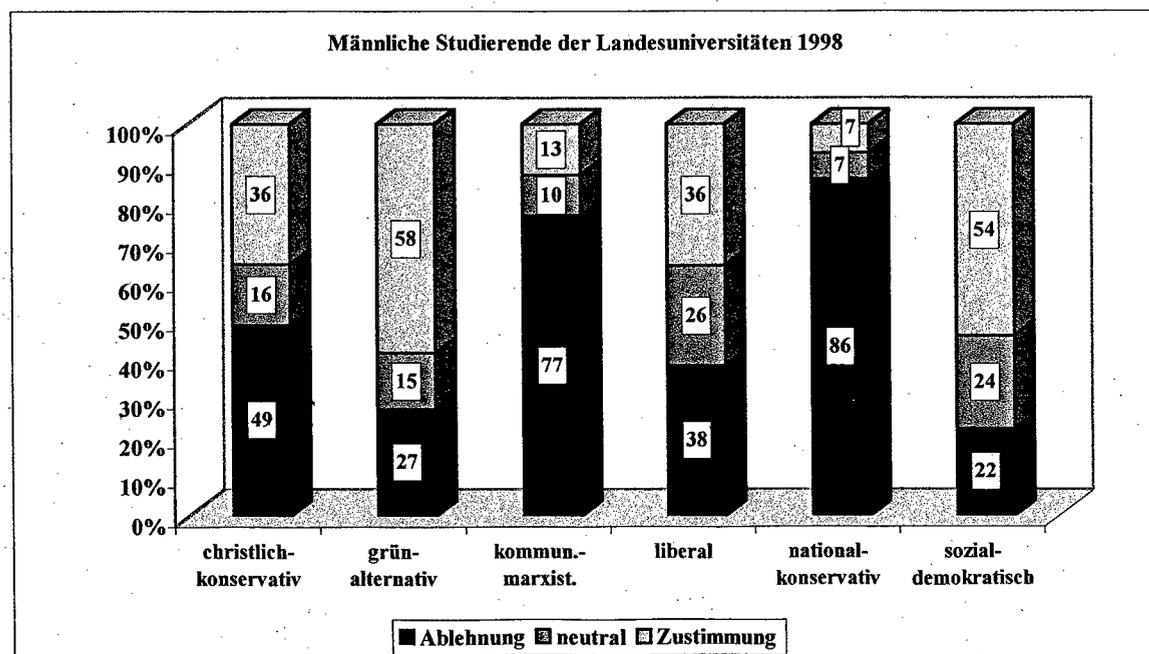
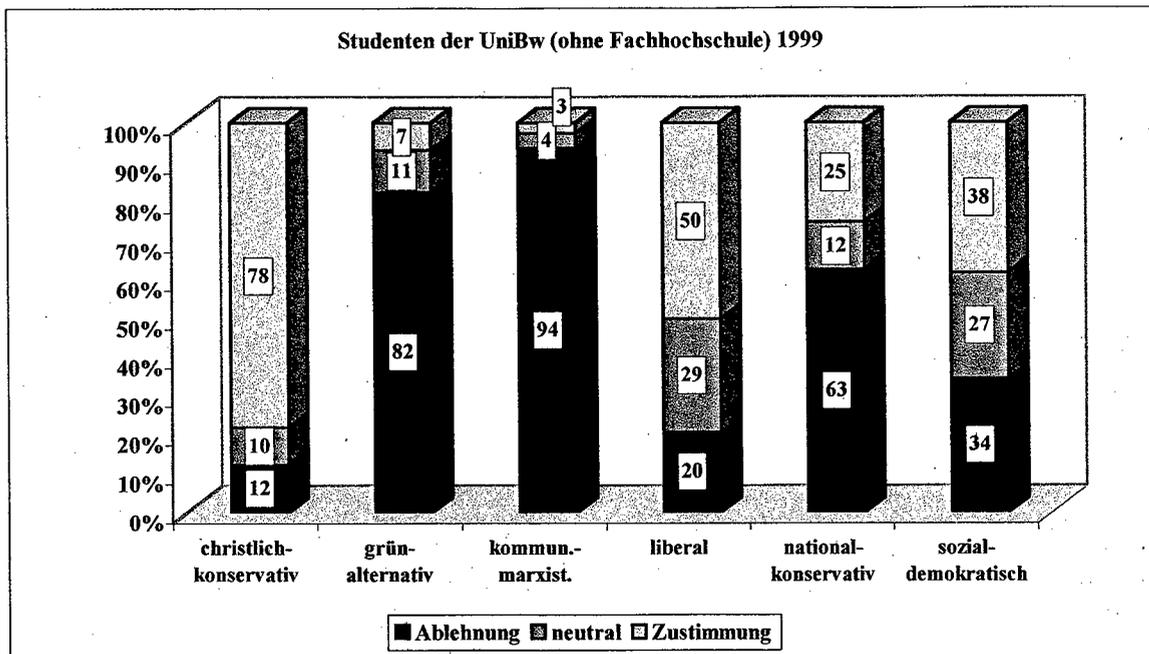
4.2. Vergleich UniBw versus Landesuniversitäten

Eine Präzisierung der bereits durch die Zuordnungen auf der Links-Rechts-Skala deutlich hervor-
gehobenen Unterschiede zwischen den Studenten der UniBw und denen der Landesuniversitäten
lässt sich in der folgenden Gegenüberstellung vornehmen.

Grafik 6: Haltung gegenüber politischen Grundrichtungen der UniBw-Studenten und Stu- denten der Landesuniversitäten

*Frage: Wenn Sie Ihre politische Haltung insgesamt kennzeichnen, inwieweit stimmen Sie mit Positionen
folgender politischer Grundrichtungen überein, und inwieweit lehnen Sie sie ab?*

Basis: UniBw-Studenten Hamburg und München (ohne Fachhochschule) 1999 und männliche Studenten
der Landesuniversitäten 1998



Zusammenfassung der Skala von 1-7: Ablehnung 1-3, neutral 4, Zustimmung 5-7.

Das entscheidend andere Muster politischer Vorstellungen und Überzeugungen zwischen den zwei Studentengruppen zeigt sich in den unterschiedlichen Zuordnungen zu jeder der vorgegebenen parteipolitischen Grundrichtungen, so dass diese Abweichungen im einzelnen auch beschrieben werden können:

- „christlich-konservativ“: Die hohe Zustimmung (UniBw 78%) zeigt sich an den Landesuniversitäten (36%) nicht. Sie ist damit mehr als die Hälfte niedriger als an der UniBw.
- „grün-alternativ“: Der Unterschied ist besonders eindrucksvoll: An den Landesuniversitäten findet sich eine Zustimmung von immerhin 58%, das entsprechende Datum erreicht an den UniBw lediglich 7%. Dies ist der größte aller Unterschiede.
Wenn wir darauf hingewiesen hatten, dass bei „grün-alternativ“ zwischen den Untersuchungen von 95 und 99 bei den UniBw-Studenten die größte Verschiebung stattgefunden hat, so läßt sich ein allerdings sinkender Trend auch bei den Konstanzer Daten festhalten, die Zustimmungquote für „grün-alternativ“ ist an den Landesuniversitäten ebenfalls gesunken, immerhin um 6%.
- „kommunistisch-marxistisch“: Auch an den Landesuniversitäten ist die Ablehnung dieser politischen Richtung hoch, doch ein Unterschied zeigt sich dennoch: Mit Angaben von 77% Ablehnung an den Landesuniversitäten und 94% an den UniBw beträgt er immerhin 17%.
- „liberal“: Hier nähern sich – relativ gesehen – die erhobenen Daten einander an. Die Zustimmungquote ist jedoch bei den UniBw-Studenten mit 50% gegenüber 36% immer noch um 14% höher.
- „national-konservativ“: Mit 86% ist die Ablehnung dieser politischen Richtung bei den Studenten der Landesuniversitäten um 23% höher als bei den Studenten der UniBw, das Zustimmungsverhältnis beträgt dementsprechend 7% gegenüber 25% bei den UniBw-Studenten. Bei den Konstanzer Daten fällt auf, dass die Ablehnungen seit 1995 um 5% abgenommen haben, eine stärkere Ausrichtung nach rechts läßt sich daraus auch bei den Studenten der Landesuniversitäten ableiten.
- „sozialdemokratisch“: Unterschiede in der Zuordnung zeigen sich auch hier: UniBw-Studenten stimmen der sozialdemokratischen Grundrichtung zu 38% zu, an den Landesuniversitäten sind es 54%. In der Ablehnung macht die Differenz 12% aus. Im Vergleich zu den anderen parteipolitischen Richtungen sind diese Abstände vergleichsweise moderat, links ausgerichtete Positionen sind an der UniBw vergleichsweise weniger vertreten.

Die Differenzierung nach einzelnen politischen Grundrichtungen stimmt im großen und ganzen überein mit dem Verteilungsmuster auf der Links-Rechts-Skala (Tendenz zur Mitte mit einer Akzentuierung des rechten Spektrums). Eine Mehrheit der UniBw-Studenten stimmt konservativ-bürgerlichen Vorstellungen zu. Mit einer vergleichsweise häufigeren Nähe zu weiter rechts ausgerichteten politischen Vorstellungen unterscheiden sie sich allerdings in bedeutsamer Weise von den Studenten der Landesuniversitäten.

5. Verortung der politischen Grundrichtung im Links-Rechts-Kontinuum

Die Frage nach der Zustimmung zu den verschiedenen politischen Grundrichtungen gab den Studenten die Möglichkeit, sich zu jeder der 6 Vorgaben einzeln zu äußern. Damit blieb gewährleistet, dass sich nicht alle Befragten nur einer politischen Grundrichtung in eindeutiger Weise zuordnen, sondern sie konnten auch verschiedenen politischen Grundrichtungen zusätzlich zustimmen.

Dies läßt sich quantifizieren: Eine Mehrheit von 47% entschied sich für eine politische Grundrichtung, 21% stimmten mit 2 Richtungen und nur 3 % mit 3 Grundrichtungen überein. Maßstab für diese Zuordnung war eine zustimmende Antwort bei den jeweiligen Skalierungsstufen 6 und 7. Rund ein Viertel der Studenten ließ sich in dieser Weise keiner der vorgegebenen politischen Grundrichtungen zuordnen. Die Angaben lagen bei den Stufen 1 – 5 und fielen damit heraus.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Anhänger politischer Grundrichtungen an den UniBw in Prozent³ für die zwei Untersuchungen 1995 und 1999, so dass über einen Vergleich in den Zeilen bestimmte Verschiebungen deutlich werden.

Tabelle 1: „Anhänger“ politischer Grundrichtungen

(Basis: Studierende die auf der siebenstufigen Skala von 1=„lehne völlig ab“ bis 7=„stimme völlig zu“ die Skalenwerte 6 oder 7 angegeben haben)

	1995	1999
	%	%
christlich-konservativ	48,4	53,7
grün/alternativ	6,7	1,1
kommunistisch-marxistisch	0,6	0,8
liberal	16,8	23,9
national-konservativ	10,0	11,6
sozialdemokratisch	13,7	13,6

Die bereits an anderer Stelle nachgewiesenen Verschiebungen in der Anhängerschaft zu politischen Richtungen bestätigt sich: Sie steigt bei christlich-konservativ um gut 5%, sinkt dramatisch bei grün-alternativ, sie steigt deutlich bei liberal, sie steigt leicht bei national-konservativ und bleibt konstant bei sozialdemokratisch.

Es läßt sich im folgenden ein weiterer Vergleich zwischen den zwei Untersuchungen herstellen, wenn man die Durchschnittsangaben der Anhänger der einzelnen politischen Grundrichtungen auf der Links-Rechts-Skala plaziert. Dabei wird gleichzeitig noch einmal zwischen den Angaben der Studenten aus den alten und neuen Ländern getrennt. Wegen der geringen Häufigkeiten wurden aus der 99er-Untersuchung kommunistisch-marxistisch und grün-alternativ nicht mit aufgenommen, aus der 95er-Untersuchung kommunistisch-marxistisch.

³ Bei diesen Angaben gilt es zu beachten, dass die Spalten nicht zu 100 % addiert werden können, da es sich um Mehrfachantworten handelt. Die Prozentwerte sind pro Zelle für sich zu interpretieren, so dass beispielsweise 1995 48,4% Anhänger der christlich-konservativen Grundrichtung waren und entsprechend 51,9% nicht Anhänger dieser Grundrichtung, während 1999 53,7 % Anhänger dieser Richtung waren.

Grafik 7: Politische Grundrichtungen im Links-Rechts-Spektrum

Frage: Auch wenn es vielleicht sehr vereinfacht ist, wie würden Sie Ihren politischen Standort zwischen links und rechts einordnen?

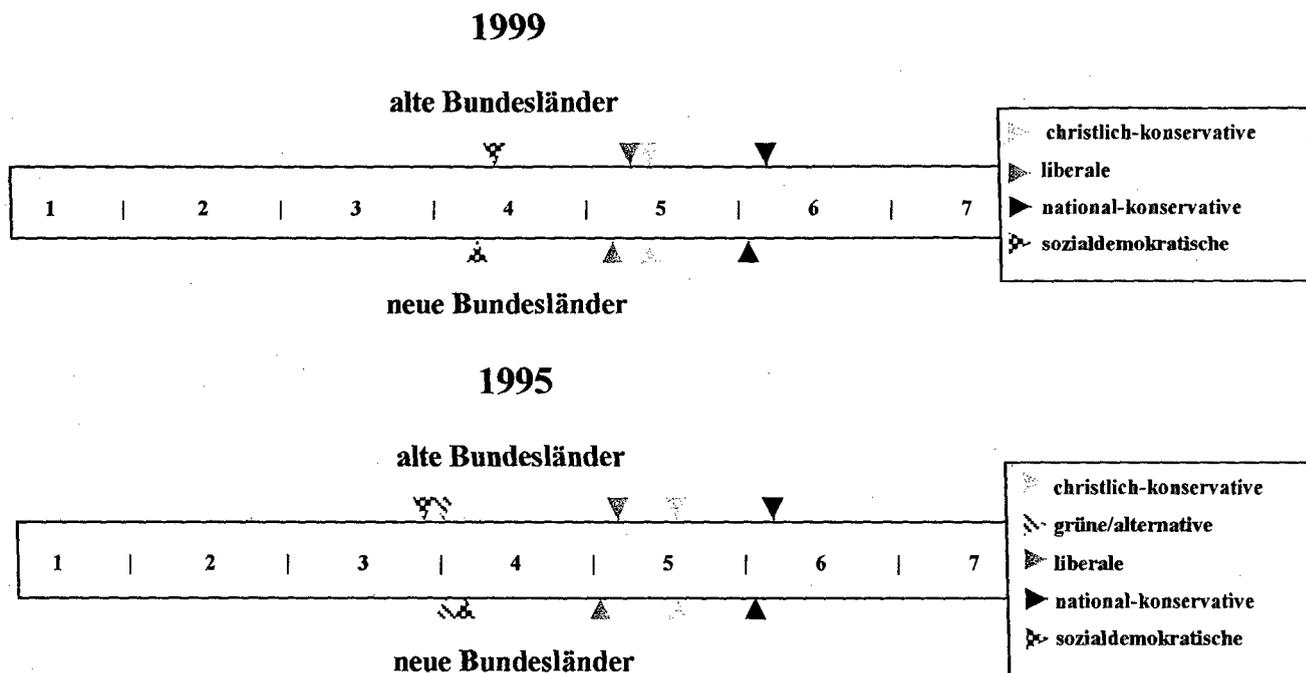


Tabelle 2: Politische Grundrichtungen im Links-Rechts-Spektrum, Mittelwerte

1999	christlich-konservative	liberale	national-konservative	sozialdemokratische
alte BL	4,92	4,7	5,65	3,83
neue BL	4,89	4,64	5,54	3,79

1995	christlich-konservative	grüne/alternative	liberale	national-konservative	sozialdemokratische
alte BL	5,01	3,52	4,59	5,71	3,48
neue BL	5,03	3,57	4,5	5,54	3,61

Auffällige Veränderungen in der Positionierung der vier Grundrichtungen auf der Skala sind zwischen den Untersuchungen von 95 zu 99 nicht zu verzeichnen, erneut ist jedoch auf die Distanzen zwischen den politischen Positionen der Studenten aufmerksam zu machen, wobei wie gesagt das Übergewicht rechts von der Mitte angesiedelt ist und die Verortung von national-konservativ sich noch einmal von den konservativ Gemäßigteren deutlich absetzt.

6. Politische Ziele

Über die insgesamt 16 Statements vorgegebener politischer Ziele wurde eine Faktorenanalyse gerechnet, die drei voneinander unabhängige Dimensionen ergab.

Grafik 8: Politische Ziele, UniBw 1995 und 1999 vs. Landesuniversitäten 1995 und 1998
 Frage: *Wie stehen Sie zu den angeführten politischen Zielen: Welche unterstützen Sie, welche lehnen Sie ab?*
 (Basis: männl. Studierende ohne Fachhochschule, Mittelwerte)

Faktor 1: Abwehr von Fremdem

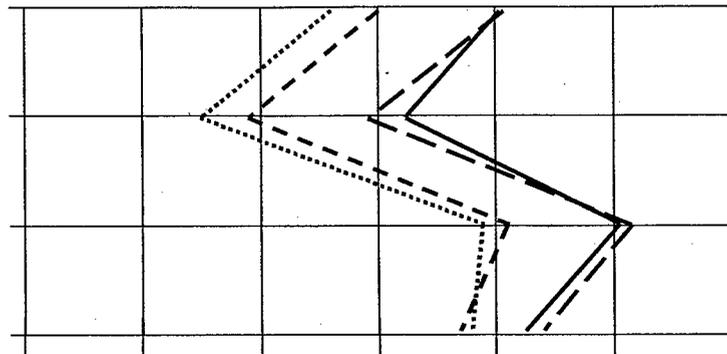
Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern

Abwehr von kultureller Überfremdung

harte Bestrafung von Kriminalität

Bewahren der Familie in ihrer herkömmlichen Form

alte Bundesländer



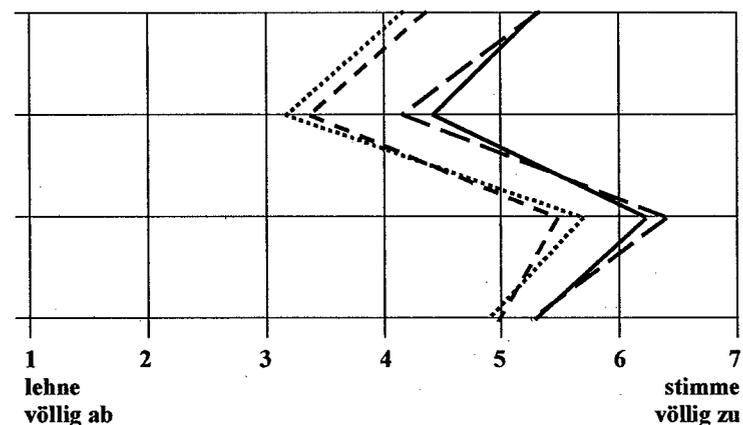
neue Bundesländer

Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern

Abwehr von kultureller Überfremdung

harte Bestrafung von Kriminalität

Bewahren der Familie in ihrer herkömmlichen Form



— — UniBw 1995 — — UniBw 1999 Landesuni 1995 — — Landesuni 1998

Faktor 1 ist identisch mit dem der 95er-Untersuchung: „Abwehr von Fremdem“. Es werden solche politischen Forderungen in einem engen Zusammenhang gesehen, die in besonderer Weise rechte und nationale Einstellungen betonen. Das ist einmal die Frage der Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern in Verbindung mit der Furcht vor kultureller Überfremdung, dazu gehört die harte Bestrafung der Kriminalität und zusätzlich wird in diesem Kontext auch das Bewahren des Bildes von der traditionellen Familie gesehen. Diese Vorstellung von der bürgerlichen Familie ist offenbar eng verbunden mit dem Bild, die Gesellschaft vor dem Einfluß von „Fremdem“ zu schützen.

Es zeigt sich, die Studenten der UniBw stimmen der Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern zu (aBL \bar{x} =5,04; nBL \bar{x} =5,34), sie stimmen der Abwehr von kultureller Überfremdung zu (aBL \bar{x} =4,23; nBL \bar{x} =4,45), sie begrüßen eine harte Bestrafung von Kriminalität (aBL \bar{x} = 6,05; nBL \bar{x} =6,26) und stimmen dem Bewahren der Familie in ihrer herkömmlichen Form zu (aBL \bar{x} = 5,24; nBL \bar{x} =5,29). Die Angaben der Studenten der UniBw zu den Statements dieses Faktors sind eindeutig: Ausländisches und die Gefahr kultureller Überfremdung werden als etwas Bedrohliches wahrgenommen, harte Strafen sind zu begrüßen und das traditionelle Familienbild gilt es zu schützen. Die Angaben der Studenten aus den neuen Bundesländern übertreffen dabei die der Studenten aus den alten Ländern.

Die Urteile der Studenten der Landesuniversitäten sind wieder deutlich abgesetzt in Richtung gemäßigterer Angaben, aber in der Tat haben sich hier im Vergleich zu den Angaben von 1994 Verschiebungen ergeben. Die Zustimmung zu den Statements dieses Faktors hat bei der jüngsten Befragung der Konstanzer Gruppe zugenommen. Ein wichtiges Ergebnis, auf das zu Beginn bereits hingewiesen wurde. Dennoch bleibt der große Abstand zu den Angaben der UniBw-Studenten bestehen, wenn auch ihre Angaben in drei der Statements zwischen den Jahren stabil geblieben sind. Allerdings hat die Furcht vor kultureller Überfremdung auch bei den UniBw-Studenten zugenommen, in Relation ähnlich stark wie auch bei den Studenten an den Landesuniversitäten.

Das Antwortmuster der Anhänger der verschiedenen politischen Richtungen an den UniBw liefert dann ein weiter differenzierendes Bild von den jeweiligen Ansichten:

Grafik 9: Politische Ziele, UniBw 1999 nach politischen Grundrichtungen

Frage: *Wie stehen Sie zu den angeführten politischen Zielen: Welche unterstützen Sie, welche lehnen Sie ab?*

(Basis: männl. Studierende ohne Fachhochschule, Mittelwerte)

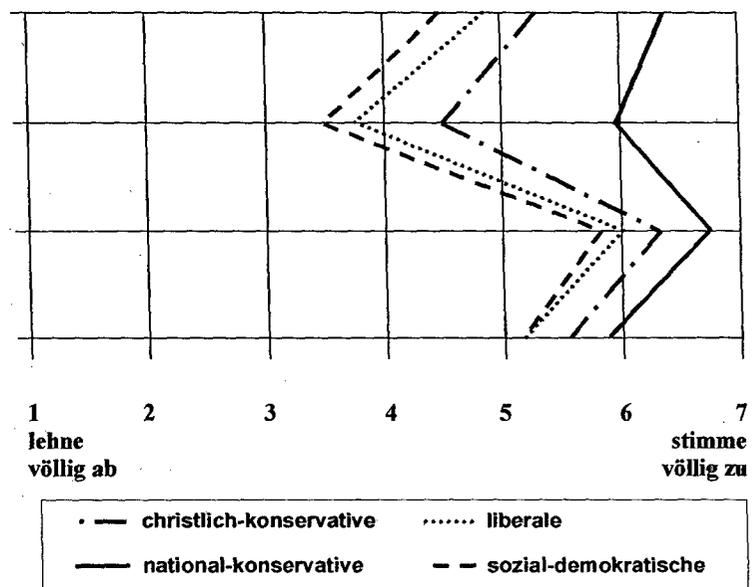
Faktor 1: Abwehr von Fremdem

Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern

Abwehr von kultureller Überfremdung

harte Bestrafung von Kriminalität

Bewahren der Familie in ihrer herkömmlichen Form



Die Vorstellungen liegen relativ breit gestreut auf der Skala reichen von einer sehr hohen Zustimmung zu den Vorgaben bei den Anhängern von national-konservativ, über eine davon allerdings abgesetzte Zustimmung der christlich-konservativen Anhänger, weiter abgeschwächerter Zustimmung bei denen, die sich liberalen und sozialdemokratischen Vorstellungen zuordnen, bis hin zu den Anhängern von grün-alternativ, die mittlere bis sogar ablehnende Aussagen zu Statements dieses Faktors machen. Die Ansichten sind also keineswegs homogen, aber das rechte Spektrum an Überzeugungen überwiegt bei weitem.

Faktor 2: Wirtschaftliche Aspekte und Perspektiven

In einem zweiten Faktor werden die Ansichten zu den politischen Zielen wirtschaftlicher Entwicklung zusammengefaßt:

Grafik 10: Politische Ziele, UniBw 1995 und 1999 vs. Landesuniversitäten 1995 und 1998

Frage: *Wie stehen Sie zu den angeführten politischen Zielen: Welche unterstützen Sie, welche lehnen Sie ab?*
(Basis: männl. Studierende ohne Fachhochschule, Mittelwerte)

Faktor 2: Wirtschaftliche und politische Aspekte

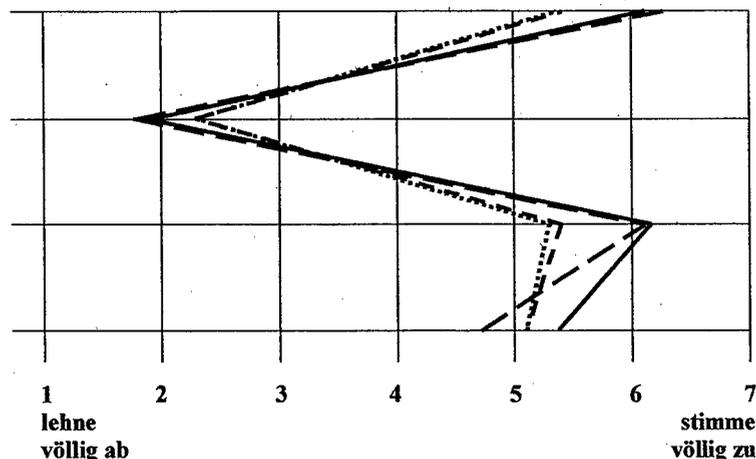
alte Bundesländer

Sicherung der freien Marktwirtschaft und des privaten Unternehmens

Abschaffung des Privateigentums an Industrieunternehmen und Banken

verstärkte Förderung technologischer Entwicklung

Vollendung der politischen und wirtschaftlichen Integration Europas



— — UniBw 1995 ——— UniBw 1999 Landesuni 1995 - · - · Landesuni 1998

Die Differenzen in den Ansichten zwischen den beiden Studentengruppen sind weit weniger augenscheinlich wie in dem ersten Faktor, aber sie bestehen auch hier im Sinne einer signifikant höheren Zustimmung zu den vorgegebenen Aspekten bei den UniBw-Studenten. Sie sind sich weitgehend einig in der Vorstellung der Sicherung der freien Marktwirtschaft und des privaten Unternehmertums, sie sind sich einig in der Wahrung des Privateigentums und einer verstärkten Förderung technologischer Entwicklung und im Vergleich zu der vorangegangenen Befragung hat sich die Zustimmung für die Vollendung der politischen und wirtschaftlichen Integration Europas deutlich erhöht.

Dabei liegen die Ansichten der Anhänger der unterschiedlichen politischen Richtungen in dieser Hinsicht nicht so weit auseinander, dass eine Aufführung der Daten zu weiterführenden Erkenntnissen führen würde.

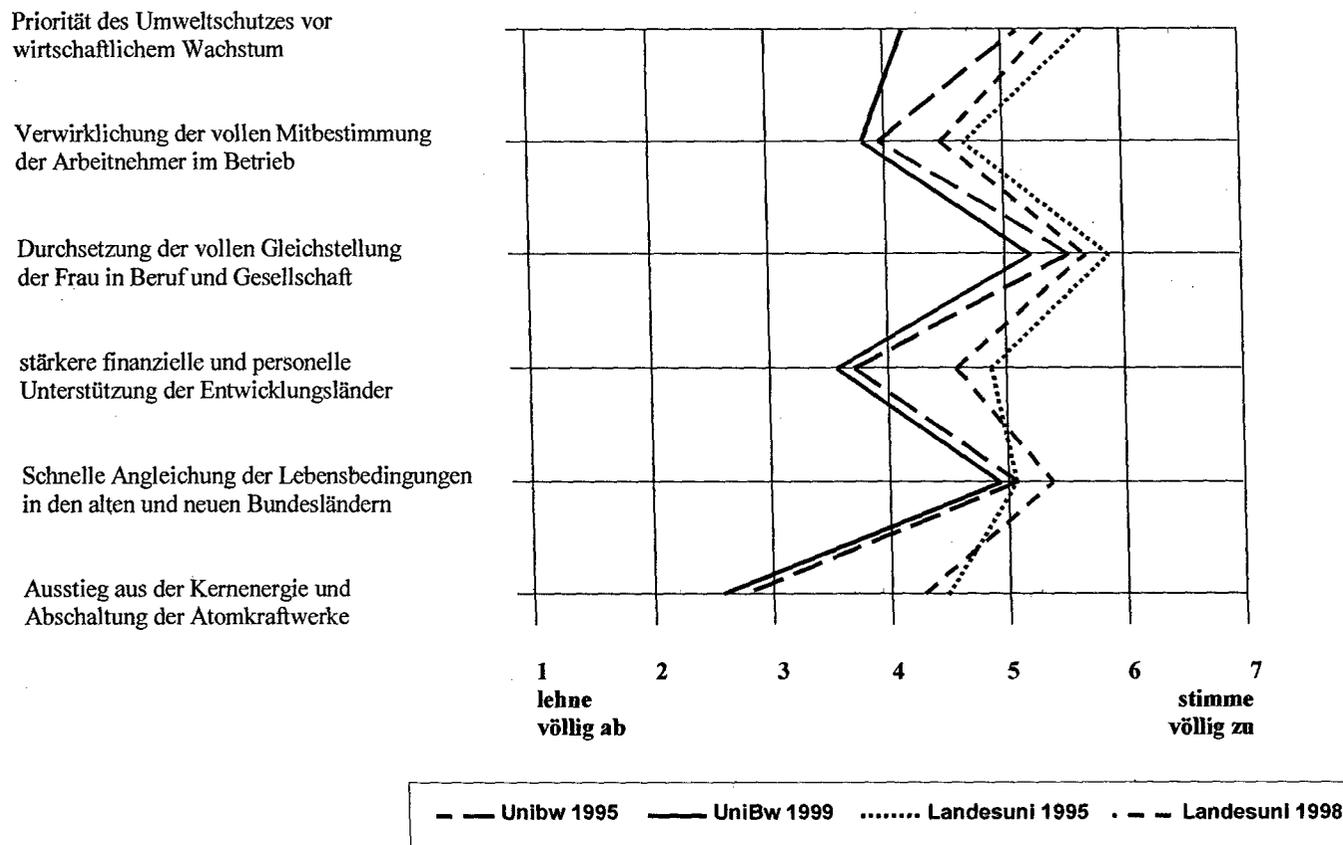
Faktor 3: Soziales, Gleichstellung der Frau und Umweltaspekte

Grafik 11: Politische Ziele, UniBw 1995 und 1999 vs. Landesuniversitäten 1995 und 1998

Frage: *Wie stehen Sie zu den angeführten politischen Zielen: Welche unterstützen Sie, welche lehnen Sie ab?*
 (Basis: männl. Studierende ohne Fachhochschule, Mittelwerte)

Faktor 3: Soziales, Gleichstellung und Umwelt

alte Bundesländer



Über den Faktor gesehen ist zwar das Kurvenprofil in den Antworten der zwei Studentengruppen relativ ähnlich, die Kurven selbst aber haben wiederum einen deutlichen Abstand voneinander, d.h. die UniBw-Studenten haben auch in diesem Bereich signifikant andere Vorstellungen als die der Landesuniversitäten.

Dies trifft insbesondere auf die zwei Statements zu Fragen des Zusammenhangs von Umwelt und Wirtschaft zu. Die Studenten der Landesuniversitäten geben dem Umweltschutz eindeutige Priorität vor wirtschaftlichem Wachstum, die UniBw-Studenten sind dabei sehr viel zurückhaltender, wobei sich diese Aussagen seit 1995 auch bemerkenswert verschoben haben (was wiederum in Zusammenhang damit zu sehen ist, dass die Zahl grün-alternativer Anhänger stark zurückgegangen ist). Zum anderen lehnen sie den Ausstieg aus der Kernenergie und die Abschaltung der Atomkraftwerke in der großen Mehrheit ab. Des Weiteren sind sie zwar auch für die Durchsetzung der Gleichstellung der Frau, aber auch hier verhaltener als die Studenten der Landesuniversitäten. Ähnliches gilt für eine politische Forderung wie die Verwirklichung der vollen Mitbestimmung der Arbeitnehmer oder für eine stärkere finanzielle und personelle Unterstützung der Entwicklungsländer. Diese wird sogar von einer Mehrheit der UniBw-Studenten abgelehnt.

Insgesamt spiegelt sich das vergleichsweise konservativere Muster im Antwortverhalten der UniBw-Studenten in allen Statements der hier vorgegebenen politischen Ziele wider. Sie sind am

deutlichsten bei den in dieser Hinsicht „klassischen“ Themen des Zuzugs von Ausländern, der Möglichkeit kultureller Überfremdung und der Frage von Strafverschärfung bei Kriminalität. Aber auch die freie Marktwirtschaft, das Unternehmertum, die technologische Weiterentwicklung finden relativ unkritische Zustimmung, das wirtschaftliche Wachstum hat Vorrang vor Fragen des Umweltschutzes, der Ausstieg aus der Kernenergie wird abgelehnt, gewerkschaftliche Forderungen wie Mitbestimmung im Betrieb eher abgelehnt, wie auch eine stärkere Unterstützung der Entwicklungsländer.

7. Demokratische Prinzipien

Es ist ein Katalog an Statements vorgegeben, der eine zentrale Bedeutung in der Analyse der Zusammenhänge der politischen Einstellungen einnimmt. Die Statements geben einen Maßstab vor, an denen sich die Grundprinzipien einer demokratischen Gesellschaft messen lassen. Das Recht auf Demonstrationsfreiheit, die Ablehnung von Gewalt als Konfliktlösungsstrategie, das Durchsetzen von Interessen und die kritische Rolle einer Opposition gegenüber der Regierung z.B. sind grundlegende Bedingungsgrößen für eine pluralistische, offene, kontrovers ausgerichtete, aber gewaltfreie Demokratie.

Grafik 12: Demokratische Prinzipien
UniBw 1995 und 1999 vs. Landesuniversitäten 1995 und 1998

Frage: *Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen über unser politisches System?*
 Basis: männl. Studierende ohne Fachhochschule (Mittelwerte)

Demonstrationsrecht

Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen.

Gewaltbereitschaft

In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.

Interessengruppen

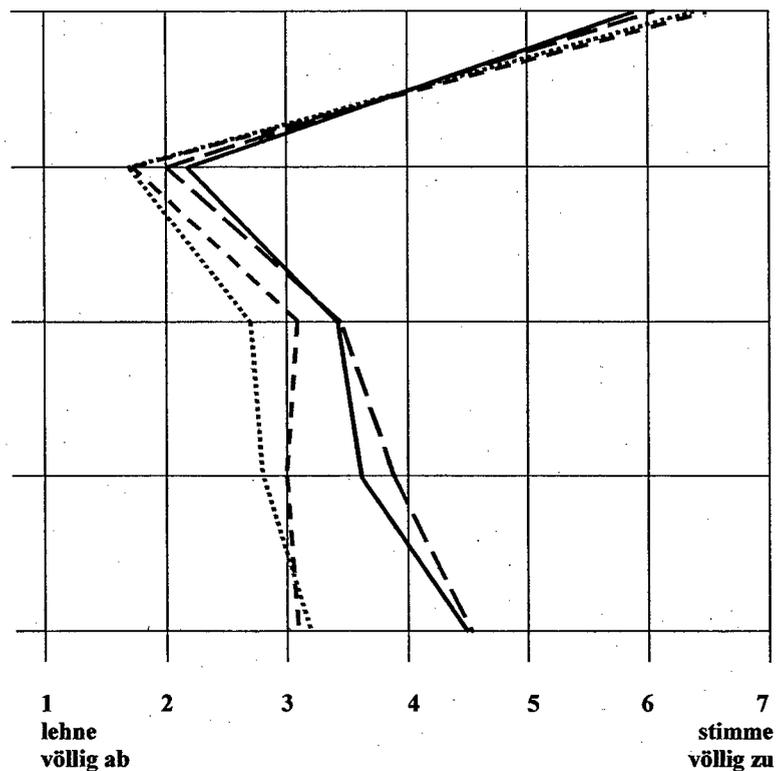
Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl

Oppositionsfunktion

Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in Ihrer Arbeit zu unterstützen.

Öffentliche Ordnung

Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet.



--- UniBw 1995 — UniBw 1999 Landesuni 1995 - . - Landesuni 1998

Ein unterschiedliches Antwortverhalten zwischen den zwei Studentengruppen zeigt sich auch hier. Die Kurvenprofile sind zwar ähnlich, aber die jeweiligen Mittelwerte der Angaben unterscheiden sich zwischen den Gruppen, die den Demokratie-Statements gegenüber distanzierteren Angaben machen die UniBw-Studenten. Dennoch gelten auch für sie uneingeschränkt die Prinzipien der freiheitlichen Demokratie, allerdings nicht in der ausgeprägten Form wie bei den Studenten der Landesuniversitäten. Relativ einig sind sich beide Studentengruppen darin, ein Recht darauf zu haben, für eigene Überzeugungen demonstrieren zu dürfen und sie sind sich auch darin weitgehend einig, politische Konflikte nicht mit Gewalt auszutragen. Doch die Vorstellungen zwischen den Studentengruppen beginnen stärker auseinander zu gehen, wenn Forderungen unterschiedlicher politischer Interessengruppen dem Gemeinwohl schaden könnten oder bei der Frage, welche Rolle eine politische Opposition gegenüber der Regierung einzunehmen hat und ein Unterschied ist in den Angaben zwischen den Studentengruppen zu verzeichnen, der das vorangegangene Schema der relativen Differenzen der Mittelwerte zwischen den 2 Studentengruppen verläßt: Nach Ansicht der Studenten der Landesuniversitäten verliert der Bürger keineswegs das Recht auf Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet, dies geht den UniBw-Studenten offensichtlich zu weit, sie stimmen dieser vorgegebenen Aussage im Durchschnitt zu.

Wie stehen die Anhänger der einzelnen politischen Gruppierungen zu diesen Grundprinzipien demokratischer Ordnung? Dabei interessiert vor dem Hintergrund der vorangegangenen Ergebnisse vor allem das Einstellungsmuster der Anhänger von national-konservativ als der Gruppe, die am deutlichsten abweichende Vorstellungen entwickeln (die Angaben der Anhänger von grün-alternativ und kommunistisch-marxistisch bleiben in der folgenden Darstellung wegen ihrer geringen Zahl unberücksichtigt).

Grafik 13: Demokratische Prinzipien, UniBw nach politischen Grundrichtungen

Frage: *Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen über unser politisches System?*

Basis: männl. Studierende ohne Fachhochschule (Mittelwerte der Anhänger politischer Grundrichtungen)

Demonstrationsrecht

Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen.

Gewaltbereitschaft

In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.

Interessengruppen

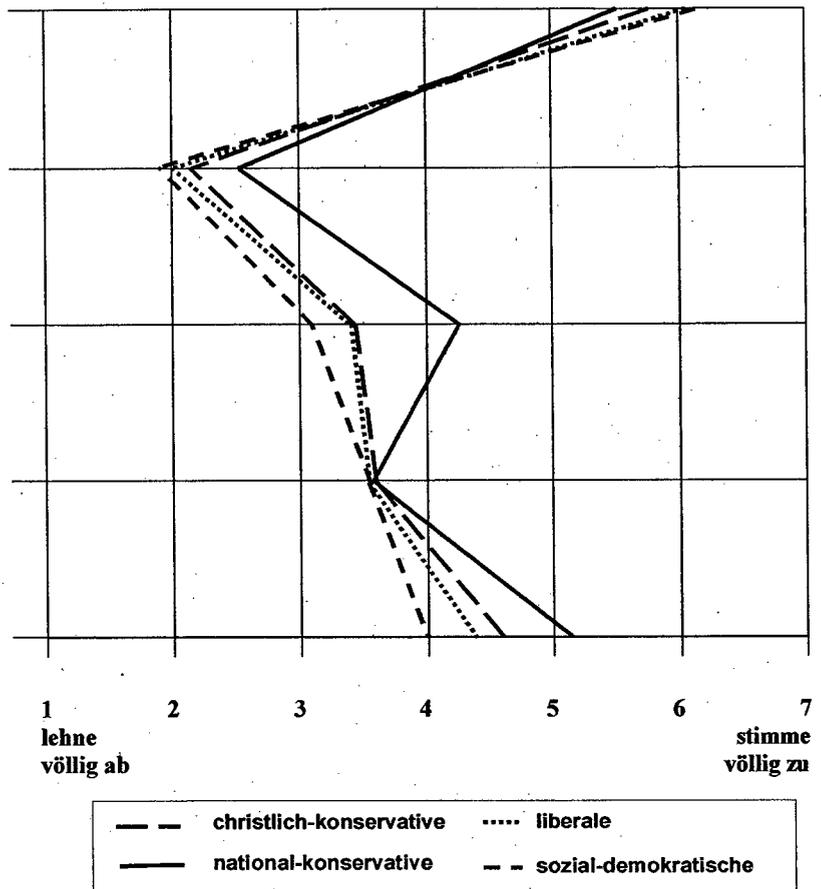
Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl

Oppositionsfunktion

Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in Ihrer Arbeit zu unterstützen.

Öffentliche Ordnung

Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet.



Während die Anhänger von sozialdemokratisch, liberal und christlich-konservativ in dieser Reihenfolge und in einem erwarteten Spektrum eher unauffälliger Differenzen zu den einzelnen Statements Stellung beziehen, fallen die Angaben der Anhänger von national-konservativ in der Tat deutlicher aus dem Rahmen. Es ist zwar nicht so, dass sie die demokratischen Prinzipien in toto negieren, aber eine qualitativ andere Disposition politischer Einstellung ist den Angaben zu entnehmen: Gewaltbereitschaft in der Demokratie wird seltener abgelehnt, die Forderungen an die Regierung bei Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen schaden ihrer Ansicht nach dem Allgemeinwohl und das Bürgerrecht zu Streiks und Demonstrationen geht verloren – so wird postuliert -, wenn damit die öffentliche Ordnung gefährdet wird. Die Gruppe der National-Konservativen vertritt damit Ansichten, die extremer sind als die der anderen UniBw-Studenten, diese Ansichten weisen bereits in die Richtung einer Disposition zu einer Haltung, die Grundprinzipien der Demokratie partiell in Frage stellt.

8. Demokratische Wirklichkeit

Die folgenden Ergebnisse der Einschätzung der demokratischen Wirklichkeit ergänzen das Meinungsbild der Studenten. Dabei geht es um die Beurteilung des gegenwärtigen politischen Systems insgesamt und um die Möglichkeiten einer Mitwirkung am politischen Geschehen. Die Gegenüberstellung der Daten beider Studentengruppen und auch die Aufschlüsselung nach Anhängerschaft politischer Richtungen bei den UniBw-Studenten erbringt keine grundsätzlich neuen

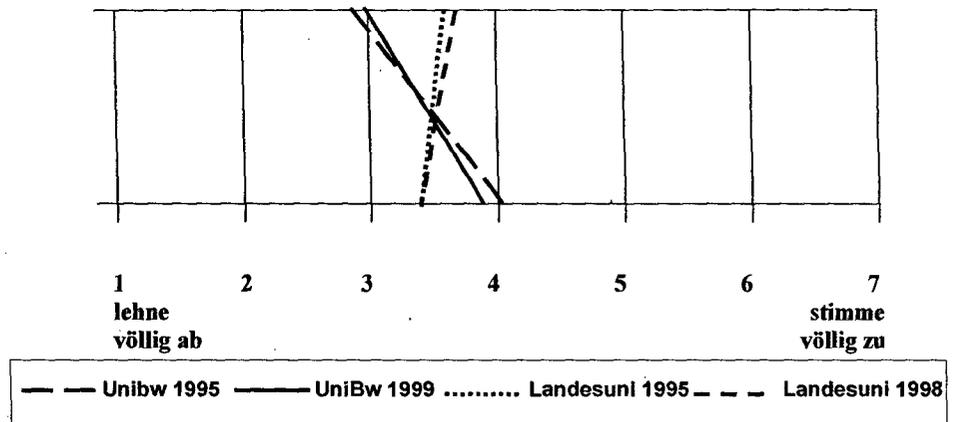
Erkenntnisse. Das vergleichsweise andere und d.h. konservativere Einstellungsmuster gegenüber den Ansichten der Studenten der Landesuniversitäten setzt sich fort und ebenso auch die graduell auffälligeren Antworten der Anhänger von national-konservativ. Auf die Einzelangaben kann daher verzichtet werden, die vergleichenden Daten zwischen den beiden Studentengruppen dokumentieren auch hier noch einmal das unterschiedliche Einstellungsmuster.

Grafik 14: Beurteilung der demokratischen Wirklichkeit, UniBw 1995 und 1999 vs. Landesuniversitäten 1995 und 1998

Frage: Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen über unser politisches System?
 Basis: männl. Studierende ohne Fachhochschule (Mittelwerte)

Wirkliche Demokratisierung ist nur außerhalb der bestehenden Institutionen möglich

Unsere Demokratie hat sich bewährt, man sollte sie deshalb vor ständigen Reformversuchen bewahren



UniBw-Studenten und Studenten der Landesuniversitäten bestätigen die bestehende Form der Demokratie, die Mittelwertunterschiede in den Urteilen zu den 2 hier vorgegebenen Statements sind jedoch beachtlich, d.h. statistisch bedeutsam. Die Urteile der UniBw-Studenten stabilisieren stärker das gegebene politische System.

Grafik 15: Haltung gegenüber den politischen Verhältnissen UniBw 1995 und 1999 vs. Landesuniversitäten 1995 und 1998

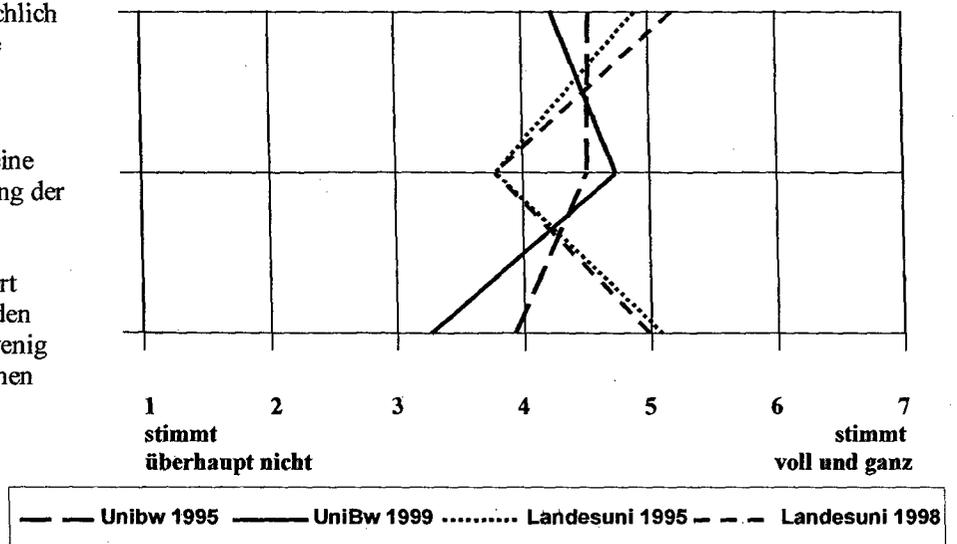
Frage: Über die Mitwirkung am politischen Geschehen wird oft gesprochen. Wie beurteilen Sie die folgenden Aussagen?

Basis: männl. Studierende ohne Fachhochschule (Mittelwerte)

Die Politiker der etablierten Parteien kümmern sich zu wenig um tatsächlich wichtige und dringende Probleme

Der Parlamentarismus bietet ausreichende Möglichkeiten für eine demokratische Interessenvertretung der Bevölkerung

Die gegenwärtige Politik orientiert sich zu stark am Wachstum und den Interessen der Industrie und zu wenig an der Lebensqualität der Menschen



Ein inhaltlich ähnliches Bild ergibt sich aus den Angaben zu den Statements zur Mitwirkung am politischen Geschehen. Wieder erscheint das Profil der Mittelwertsergebnisse zu den 3 Vorgaben zwischen den beiden Studentengruppen in dem begrenzten Rahmen zwischen den Polen 3 bis 5 fast gegenläufig, die Ansichten differieren also und sie differieren hier noch einmal bei den UniBw-Studenten zwischen der Untersuchung von 1995 und 1999. Zum einen sind die Studenten der Landesuniversitäten kritischer und distanzierter in ihren Einstellungen gegenüber dem politischen Geschehen als die UniBw-Studenten und zum anderen haben sich deren mehr angepaßte Haltungen deutlich verstärkt.

**Grafik 16: Beurteilung politischer Mitwirkung
UniBw 1995 und 1999 vs. Landesuniversitäten 1995 und 1998**

Frage: Über die Mitwirkung am politischen Geschehen wird oft gesprochen. Wie beurteilen Sie die folgenden Aussagen?

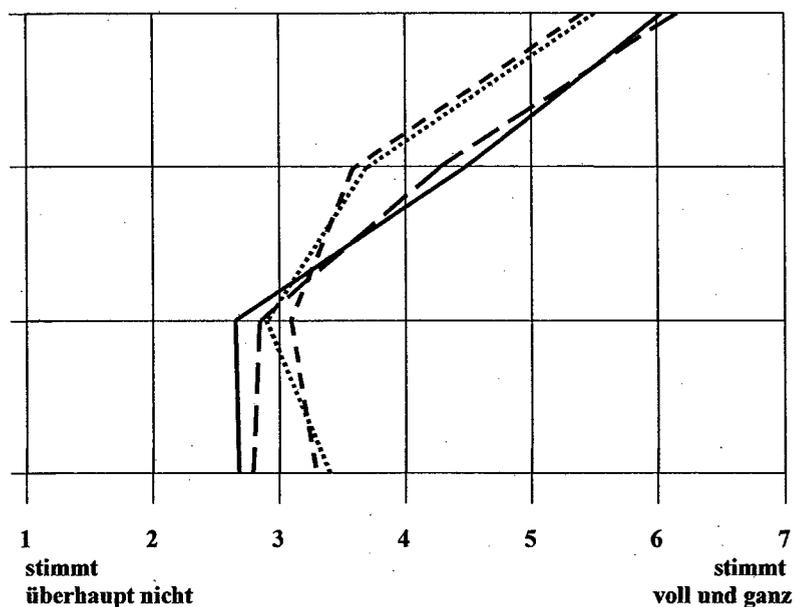
Basis: männl. Studierende ohne Fachhochschule (Mittelwerte)

Gleichgültigkeit gegenüber Politik ist verantwortungslos

Für mich persönlich sind die gegenwärtigen Möglichkeiten der politischen Mitwirkung zufriedenstellend

Politische Vorgänge sind so kompliziert, daß ich mir nur schwer ein Urteil bilden kann

Wenn ich meine, daß die Verantwortlichen in der Politik Fehler machen oder eigenmächtig handeln, schließe ich mich immer denen an, die protestieren



— — UniBw 1995 ——— UniBw 1999 Landesuni 1995 - - - Landesuni 1998

Eine generelle Zufriedenheit über die Mitwirkungsmöglichkeiten am politischen Geschehen dokumentieren die Ergebnisse zu den Aussagen dieses Faktors bei beiden Gruppen. Der jeweilige Ausprägungsgrad der Urteile differiert jedoch auch hier. Deutlich sind die zwei nebeneinander liegenden Ergebnisprofile der zwei Gruppen zu erkennen, wobei der höhere Zustimmungsgrad zu den Vorgaben bei den UniBw-Studenten liegt.

Die politischen Vorstellungen der UniBw-Studenten orientieren sich vergleichsweise stärker an der bestehenden Form der Demokratie und ihren Regeln. Gleichzeitig halten die UniBw-Studenten eine gleichgültige Haltung gegenüber dem politischen Geschehen in stärkerem Maße für verantwortungslos, was auf eine größere Bereitschaft, sich politisch zu engagieren schließen läßt.

9. Die politischen Einstellungen der UniBw-Studenten nach Cluster-Analyse

Die UniBw-Studenten wurden auf der Grundlage ihrer Präferenzen für einzelne politische Grundrichtungen mit dem Verfahren der Clusteranalyse in Gruppen unterteilt. Für die deskriptive Typologisierung wurde hier die K-means Clusteranalyse gewählt. Aufgrund der weiteren Reduzierung der Variabilität innerhalb der Antworten der Studenten zu politischen Grundrichtungen wurde die acht Cluster Lösung gewählt, während 1995 noch von 11 Clustern ausgegangen werden konnte.

Die Verteilung der Studenten über die acht unterscheidbaren „Typen“ politischer Grundrichtungen zeigt wiederum die starke Tendenz in den Gruppen rechts von der Mitte. Während die eher linken Cluster nur schwach (Cluster 1 und 2) oder mittelmäßig (Cluster 3) besetzt sind, findet sich die Mehrheit der Studenten in den liberalen bis konservativen Clustern (Cluster 4-8). 7,1 % der Befragten konnten keinem Cluster zugeordnet werden, diese bleiben im Folgenden unberücksichtigt.

Cluster	N	%	\bar{x} auf dem links-rechts-Kontinuum
1. Links-orientierungslos	54	4,1	3,55
2. Links-alternativ	78	6,0	3,59
3. Sozialdemokratisch	122	9,4	3,67
4. Große Koalition	266	20,4	4,34
5. Christlich-konservativ	174	13,4	4,65
6. Liberal-konservativ	189	14,5	4,76
7. Rechts-konservativ	248	19,0	4,95
8. National-konservativ	171	13,1	5,58

Cluster 1: Links-orientierungslos

(N = 54, 4,1 %)

Dieses erste Cluster ist das vergleichsweise kleinste Cluster. Die Gruppe besteht aus Studenten, die sich auf dem Links-Rechts-Kontinuum am weitesten links einordnen ($\bar{x}=3,55$). Allerdings können die Mitglieder dieser Gruppe sich keiner Grundrichtung deutlich zuordnen, am ehesten noch der sozialdemokratischen und auch der kommunistisch-marxistischen. In diesem Cluster befinden sich auffällig viele Studenten aus den neuen Bundesländern (71,2 %).

Zu der zwar diffus links ausgerichteten, dennoch aber eher als politisch orientierungslos wirkenden Gruppe kommt eine weitere Unsicherheit hinzu: Man fragt sich häufiger, ob die Berufsscheidung zur Wahl des Offizierberufes überhaupt richtig war. In diesem Cluster verneinen dies immerhin 17,6 %, während in fünf der sechs anderen Cluster dieser Prozentsatz nur zwischen 5,9 und 14,3 % liegt. Darüber hinaus hat für diese Studenten der Offizierberuf an Attraktivität verloren und sie fürchten mehr als andere um ihre militärische Karriere.

Häufiger als bei den Studenten in den anderen Clustern liegen die Präferenzen in der Wichtigkeit von Lebensbereichen mehr bei Merkmalen wie Kunst und Kultur, bei Merkmalen also, die herkömmlicherweise nicht primär mit dem Offizierberuf assoziiert sind. Die Unsicherheiten gegenüber dem eingeschlagenen Berufsweg erscheinen plausibel.

Cluster 2: Links-alternativ

(N = 78, 6,0 %)

Die Mitglieder dieses Clusters reihen sich auf der Skala von links nach rechts betrachtet an zweiter Stelle ein ($\bar{x}=3,59$) und stimmen vor allem mit sozialdemokratischen und grün-alternativen Grundpositionen überein. Liberale Einstellungen gehen hier ebenfalls noch mit ein.

Die Bedeutung von Natur und Umwelt wird hier besonders hervorgehoben. Unter den politischen Zielen sollte der Umweltschutz besondere Priorität vor wirtschaftlichen Zielen haben und der Ausstieg aus der Kernenergie erschien ihnen wünschenswert. Des Weiteren favorisieren die Befragten dieses Clusters ein besonderes Engagement für Entwicklungsländer und halten die gegenwärtige Form der Demokratie am häufigsten für reformbedürftig.

Die Studenten dieses Clusters zweifeln darüber hinaus am deutlichsten an ihrer getroffenen Berufsentscheidung, was sich in der Summe in dem Fragenkatalog zum soldatisch-beruflichen Selbstverständnis widerspiegelt. So möchten sie beispielsweise möglichst schnell in den Zivilberuf wechseln, stimmen am wenigsten der Aussage ‚Meine Berufswahl ist nach wie vor richtig‘ zu und fühlen sich mehr als andere in ihrem soldatischen Selbstverständnis berührt. In diesem Cluster befinden sich zudem besonders viele Zeitsoldaten (71,6 %). Etwa ein Fünftel der Studenten aus diesem Cluster würde die getroffene Berufsentscheidung nicht wiederholen. Es handelt sich zudem um Studenten, die von vornherein in ihrer Berufswahl eher an der akademischen Perspektive ausgerichtet waren.

Es scheinen sich mit der Entscheidung für den Offizierberuf die politischen Wertvorstellungen nicht zu erfüllen, es bestehen Unsicherheiten und Zweifel, sie fühlen sich eher nicht in das Weltbild des Militärischen integriert.

Cluster 3: Sozialdemokratisch

(N = 122, 9,4 %)

Die Mitglieder dieses Clusters verorten sich auf dem Links-Rechts-Kontinuum ebenfalls noch links von der Mitte ($\bar{x}=3,67$) und stimmen im besonderen Maße der sozialdemokratischen Grundrichtung zu.

Die Berufswahl ist hier ebenso wie im vorigen Cluster verstärkt an der eher akademischen Berufsperspektive ausgerichtet.

Die Studenten dieses Clusters richten ihre politischen Ziele und Handlungen vor allem auf soziale Faktoren aus, die auf das Allgemeinwohl und somit auf gesellschaftspolitische Verbesserungen zielen. So sollte sich beispielsweise die gegenwärtige Politik stärker auf die Lebensqualität der Menschen beziehen, die ‚Gleichstellung der Frau in Beruf und Gesellschaft‘ und die ‚Verwirklichung der vollen Mitbestimmung im Betrieb‘ durchgesetzt werden. Der Lebensbereich Partnerschaft und Familie ist für die Mitglieder dieses Clusters besonders wichtig.

Cluster 4: „Große Koalition“

(N = 266, 20,4 %)

Dieses größte Cluster kann in seinen politischen Grundrichtungen als „große Koalition“ bezeichnet werden, da die Zustimmung sowohl christlich-konservativen, liberalen und sozialdemokrati-

schen Positionen gilt. Auf dem Links-Rechts-Kontinuum liegt dieses Cluster etwas rechts von der Mitte ($\bar{x}=4,34$).

In diesem Cluster stammt ein besonders hoher Anteil der Studenten aus den alten Bundesländern. Für das Demonstrationsrecht treten die Befragten dieses Clusters mit besonderer Deutlichkeit ein, ebenso wird das gewaltlose Austragen von politischen Konflikten zwischen politischen Interessengruppen besonders befürwortet. Zudem halten die Mitglieder dieses Clusters Gleichgültigkeit gegenüber Politik in besonderem Maße für verantwortungslos.

Die politischen Ziele, die für diese Gruppe eine höhere Bedeutung haben im Vergleich zu den Ansichten in anderen Clustern sind ‚Stabilität der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse‘, die ‚Vollendung der politischen und wirtschaftlichen Integration Europas‘ sowie die ‚Durchsetzung der vollen Gleichstellung der Frau in Beruf und Gesellschaft‘. Zudem weist dieses Cluster eine hohe Freizeitorientierung auf.

Cluster 5: Christlich-konservativ

(N = 174, 13,4 %)

In diesem Cluster vereinen sich die Befragten, die deutlich der christlich-konservativen Grundrichtung zustimmen (Links-Rechts-Kontinuum $\bar{x}=4,65$).

Die Studenten dieses Clusters weisen insgesamt die höchste Bindung zur Bundeswehr auf. Nahezu alle Mitglieder dieses Clusters halten ihre Berufsentscheidung nach wie vor für richtig (94,1%) und sie stehen zu ihrer Berufswahl heute noch mehr als früher. Diese Studenten möchten nach Studienabschluß besonders häufig bei der Bundeswehr bleiben und sich am stärksten an eventuellen Auslandseinsätzen beteiligen.

Für die Befragten dieses Clusters ist die Orientierung an Partnerschaft und eigener Familie ebenso wichtig wie für die Studenten des Clusters 3, wobei allerdings noch eine hohe Bedeutung von Religion und Glaube hinzukommt.

Im Bereich der politischen Ziele haben für diese Gruppe die ‚harte Bestrafung von Kriminalität‘ sowie die ‚Bewahrung der Familie in der herkömmlichen Form‘ besondere Bedeutung. Das bürgerliche Wertemuster erscheint in sich geschlossen, die Berufswahl stimmig und die Perspektiven gradlinig.

Cluster 6: Liberal-konservativ

(N = 189, 14,5 %)

In diesem Cluster wurden die Studenten zusammengefaßt, die sowohl christlich-konservativen als auch liberalen Grundpositionen zustimmten (Links-Rechts-Kontinuum $\bar{x}=4,76$).

Die Studenten dieses Clusters stimmen insbesondere den politischen Zielen ‚Sicherung der freien Marktwirtschaft und des privaten Unternehmens‘ und auch der ‚Beteiligung der Bundeswehr an Einsätzen im Rahmen der UN‘ zu. Zudem erscheint ihnen eine ‚verstärkte Förderung technologischer Entwicklungen‘ sowie die Förderung der europäischen Integration besonders wichtig. Der Lebensbereich Politik und öffentliches Leben wird hier besonders hervorgehoben.

Gegenüber dem vorangegangenen Cluster kommt eine stärkere wirtschaftlich-ökonomische Komponente zum Ausdruck, verbunden mit Vorstellungen von intensiverer und globaler Nutzung von Technologie.

Cluster 7: Rechts-konservativ

(N = 248, 19,0 %)

Die Befragten dieses Clusters stimmen zwar ebenso wie die im vorigen Cluster den christlich-konservativen und den liberalen Grundrichtungen zu, weisen allerdings zudem noch eine hohe Zustimmung zu national-konservativen Positionen auf und ordnen sich dementsprechend weiter rechts auf dem Links-Rechts-Kontinuum ein ($\bar{x}=4,95$). Mit 248 Befragten (19%) bilden diese Studenten das zweitgrößte Cluster.

Den politischen Zielen ‚harte Bestrafung der Kriminalität‘ sowie die ‚Bewahrung der Familie in der herkömmlichen Form‘ wird hier hohe Bedeutung zugewiesen. Die Hervorhebung des Freizeitbereichs und des Privaten fällt auf, die Lebensbereiche Freizeit und Hobbys, Geselligkeit und Freundeskreis aber auch Partnerschaft und eigene Familie erscheinen besonders wichtig.

Mit der Betonung des Bewahrens der Familie in ihrer herkömmlichen Form in enger Wahrnehmung mit den Merkmalen Abwehr von Fremden und der Forderung nach harten Bestrafungen von Kriminalität zeigt sich eine bestimmte Form eines männlichen Habitus als Beschützer mit dem traditionellen Bild eines Geschlechterverhältnisses, das der Rolle der Frau die Unterordnung unter den Mann zuweist. Das Prinzip der Überlegenheit des Männlichen wird als gegeben hingestellt. Ein Zusammenhang von traditionellen Vorstellungen von der Geschlechterordnung und der Selbstverortung im rechten politischen Spektrum liegt nahe.

Cluster 8: National-konservativ

(N = 171, 13,1 %)

Dieses Cluster bildet den rechten Endpunkt auf dem Links-Rechts-Kontinuum ($\bar{x}=5,58$). Diese Studenten stimmen gleichermaßen stark der christlich-konservativen wie der national-konservativen Grundrichtung zu.

Die Studenten dieses Clusters stehen ebenfalls eindeutig zu ihrer getroffenen Berufsentscheidung, sehen dabei aber ihren Beruf am deutlichsten als etwas Hervorgehobenes und Besonderes an. Die Perspektive des Soldatischen ist hier im Vergleich zu den anderen Clustern am stärksten ausgeprägt, das akademische Studium ist weniger von Bedeutung.

In ihren politischen Positionen sind diese Studenten teilweise als extrem, aber nicht als radikal einzuschätzen: Sie stimmen demokratischen Prinzipien weniger deutlich zu und lehnen Gewaltanwendung bei Konflikten weniger deutlich ab. Zudem sind für diese Gruppe die ‚Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern‘ und die ‚Abwehr von kultureller Überfremdung‘ sowie eine ‚harte Bestrafung der Kriminalität‘ besonders wichtige politische Ziele. Das ‚Bewahren der Familie in der herkömmlichen Form‘ steht ebenfalls im Vordergrund.

Der Lebensbereich Politik und öffentliches Leben wird von dieser Gruppe für besonders wichtig gehalten, dazu gehört eine Betonung von sozialen Bezügen wie Geselligkeit und Freundeskreise, aber auch Partnerschaft und Familie.

Das Bild des Konservativismus, zu dem das Bild von Männlichkeit und dessen hervorgehobene Aufgabe und Rolle im öffentlichen Leben gehört, präzisiert sich noch einmal in den Vorstellungen der Studenten dieses Clusters. Besondere Ausprägung erfahren nationalistisches und fremdendistanzierendes Gedankengut, Merkmale, die als die zentralen Dimensionen gerade auch für Rechts-extremismus gelten. Damit verbunden sind bereits bestimmte Missachtungen der demokratischen Prinzipien und Regeln. Dennoch lassen derartig extreme Ansichten hier nicht auf unmittelbar ex-

tremes Verhalten schliessen, das übergeordnet leitende Grundprinzip des Konservativ-Bewahrenden bleibt beherrschend. Auch die Studenten dieses Clusters sprechen sich eher gegen ständige Reformbemühungen in der bestehenden demokratischen Ordnung aus, das Bewährte sollte vom Prinzip her erhalten bleiben.

10. Zusammenfassung

Im Kontext der Gesamtuntersuchung wird das Kriterium „Politische Einstellungen“ mit als ein entscheidender Indikator für die Wahl des Offizierberufs angesehen. Die lebenslang erworbenen Wert- und Normvorstellungen sind als persönlichkeitsbestimmende Sozialisationsmerkmale wesentlich mit entscheidend für die berufliche Orientierung und damit für eine Ausrichtung danach, in welcher Weise und Wahrscheinlichkeit die eigenen Wertvorstellungen im späteren beruflichen Handeln repräsentiert werden oder nicht. Das generelle Leitbild des Soldatischen und damit das des Offizierberufs gilt allgemein und in hervorgehobener Weise als konservativ. Unsere Ergebnisse bestätigen dieses Stereotyp überzeugend, insbesondere durch die gegebene Möglichkeit des Vergleichs der Ergebnisse mit den Studenten der Landesuniversitäten.

- Auf dem siebenstufigen Links-Rechts-Kontinuum ordnen sich 43% der UniBw-Studenten der Stufe 5 zu (= etwas rechts von der Mitte), weitere 31% von ihnen sehen sich in der Mitte (Stufe 4). Dies sind zusammengenommen immerhin drei Viertel der UniBw-Studentenschaft, d.h. nur ein Viertel der Studenten ordnet sich darüber hinaus anderen linken oder rechten Stufen auf der Skala zu, wobei dann die Orientierung nach rechts überwiegt.
- An den Landesuniversitäten zeigt sich ein deutlich anderes Bild der politischen Zuordnung auf der Links-Rechts-Skala: Eine Mehrzahl der Angaben findet sich bei den Stufen 2 (22%), 3 (27%)(= links von der Mitte) und 4 (23%)(= Mitte). Der Kurvenverlauf ist damit vergleichsweise flacher. Das Spektrum politischer Einstellungen ist damit bei den Studenten der Landesuniversitäten ungleich breiter angelegt als bei denen der UniBw.
- Bei der Gegenüberstellung der UniBw-Daten aus der Untersuchung von 1995 zu der von 1999 in der Platzierung auf der Skala läßt sich insgesamt eine leichte Verschiebung zur Mitte hin feststellen, der Mittelwertunterschied ist statistisch nicht bedeutsam.
- Die UniBw-Studenten aus den neuen Bundesländern vertreten, relativ gesehen, häufiger Positionen auf der linken Seite der Skala (= Stufen 2 und 3) und auf der äußersten rechten Seite (= Stufe 7).
- Eine Trennung der Konstanzer Daten nach den Kriterien „Ableisten des Zivildienstes“ und „Wehrpflicht“ vor dem Studium ergibt eine eindrucksvolle Übersicht in der jeweiligen Zuordnung des politischen Standorts. Die Absolventen des Zivildienstes ordnen sich weitgehend der linken Seite der Skala zu, die politischen Einstellungen der Absolventen des Wehrdienstes sind über die Skala normal verteilt. Zieht man in Relation dazu die Kurve der UniBw-Studenten noch einmal hinzu, dann setzt sich deren andere Häufigkeitsverteilung im Vergleich deutlich ab (in der Mehrzahl „etwas rechts von der Mitte“).
- Die Aufforderung an die Studenten, sich den Vorstellungen und Programmen der verschiedenen politischen Grundrichtungen der Bundesrepublik nach persönlicher Präferenz zuzuordnen, präzisiert den politischen Standort weiter. In einer Rangfolge (Mehrfachantworten waren möglich) stehen die UniBw-Studenten in überwiegender Mehrzahl der christlich-konservativen Partei nahe (78%), es folgen liberale Positionen (50%) und sozialdemokratische (38%). Mit 25% Zustimmung haben national-konservative Positionen ebenfalls noch einen

beachtlichen Stellenwert. Außenseiterpositionen haben an den UniBw die grün-alternativen und kommunistisch-marxistischen Anhänger. Bemerkenswerte Verschiebungen in den Angaben gegenüber 1995 haben sich bei grün-alternativ ergeben (starker Rückgang), bei liberal (Steigerung) und bei national-konservativ (Steigerung).

- Der Vergleich mit den entsprechenden Angaben der Studenten der Landesuniversitäten verweist auf deren völlig anderes Zuordnungsmuster für Parteienpräferenz. An erster Stelle in der Rangfolge der Zustimmungen steht die Position grün-alternativ (58%), es folgen sozialdemokratische Vorstellungen (54%) und mit jeweils 36% die Positionen liberal und christlich-konservativ. Randständig bleibt an den Landesuniversitäten kommunistisch-marxistisch und national-konservativ.
- Bei der Positionierung der politischen Grundrichtungen auf der Links-Rechts-Skala zeigen sich im Vergleich zu der Untersuchung von 1995 keine auffälligen Verschiebungen.
- Die Vorgabe von insgesamt 16 Statements gesellschaftspolitisch strittiger Ziele und die Verrechnung der Ergebnisse anhand einer Faktorenanalyse ergab 3 voneinander unabhängige Faktoren, von denen der erste besonders aussagekräftig ist (vergleichbar mit der Untersuchung von 1995): Abwehr von Fremdem. Er fasst solche Merkmale zusammen, die im Kontext konservativer Ansichten besonders einschlägig sind: Ausländerfeindlichkeit, Gefahr kultureller Überfremdung, Bestrafung von Kriminalität und die Frage nach der gesellschaftlichen Rolle der Familie in ihrer herkömmlichen Form. Eine deutliche Mehrheit der UniBw-Studenten stimmt diesen politischen Zielen zu: Fremdes wirkt bedrohlich, bei Kriminalität gilt es stärker durchzugreifen und die traditionelle Familie soll geschützt und bewahrt bleiben. Die Anhänger der verschiedenen politischen Grundrichtungen unterscheiden sich allerdings in der Intensität ihrer Ansichten, die von national-konservativ liegen hier am äußeren rechten Rand. Erwartungsgemäß sind die Urteile der Studenten der Landesuniversitäten hierzu wieder deutlich abgesetzt zu denen der UniBw-Studenten, obwohl in den letzten 4 Jahren auch hier eine leichte Verschiebung der Ergebnisse nach rechts stattgefunden hat.
- Ein konservatives Einstellungsmuster läßt sich auch bei den Fragen von Umwelt, Wirtschaft und Soziales weiter verfolgen, die Aussagen sind insgesamt aber moderater als in dem ersten Faktor.
- In ihren konservativen Grundüberzeugungen stehen die UniBw-Studenten in der großen Mehrheit voll hinter den demokratischen Prinzipien von Demonstrationsfreiheit, Ablehnung von Gewalt, Pluralität u.ä. Wiederum aber fallen die Angaben von national-konservativ in ihrer Ausprägung aus dem Rahmen. Deren Anhänger vertreten Ansichten, die extremer sind als die der meisten anderen und stehen damit z.T. bereits außerhalb der demokratischen Prinzipien.
- In ihren Urteilen zum gegenwärtigen politischen System und den Mitwirkungsmöglichkeiten am politischen Geschehen sind die UniBw-Studenten insgesamt zufrieden, im Vergleich erscheinen sie dann gleichzeitig als angepasster und opportunistischer als die Studenten an den Landesuniversitäten.
- Während sich die bisherige Analyse der Ergebnisse weitgehend auf Häufigkeitsverteilungen bezog, wird mit der multivariaten Methode der Clusteranalyse eine systematisch neue und andere Ordnung der vorliegenden Daten vorgenommen. Das Zahlenmaterial läßt eine Art „Typisierung“ nach 8 plausibel sich unterscheidenden Clustern zu. Nach dieser Systematik ergeben sich drei Cluster, die auf der linken Seite der Links-Rechts-Skala liegen, d.h. rund 20% der Studenten – differenziert nach 3 Clustern – besitzen eine eher „linke“ politische Orientierung.

Eine Mehrzahl von ihnen scheint Schwierigkeiten mit ihrer getroffenen Berufswahl zu haben. Mit fast 50% findet sich eine starke Mitte, wiederum repräsentiert in 3 Clustern. Die Studenten zweier Cluster sind in ihren Überzeugungen als ausgesprochen rechts zu definieren. Die Größenordnungen liegen mit 19 % bei dem Cluster „rechts-konservativ“ und mit 13% bei dem Cluster „national-konservativ“. Besonders in diesem 8. Cluster finden wir Ansichten, die z.T. als extrem zu bezeichnen sind und die dabei auch nicht mehr in jeder Hinsicht mit den demokratischen Prinzipien und Spielregeln zu vereinbaren sind. Dazu gehören nationalistische und fremdenfeindliche Positionen.

Die in der Studie aufgezeigten Ergebnisse verweisen erneut darauf, dass die Studenten der UniBw eine ausgelesene Stichprobe hinsichtlich des Kriteriums der politischen Einstellungen unter den männlichen Studenten der Bundesrepublik darstellen. Dies mag nicht verwundern, schließlich haben sie sich für den Offizierberuf entschieden, genauer, eine Mehrzahl von ihnen für den Offizierberuf auf Zeit (12 Jahre, ca. 70-75%). Das Offizierberufsbild scheint das Spezifische für das Phänomen des Konservativismus in seinen unterschiedlichen Schattierungen und Ausprägungen zu sein. Trotz des Studienangebots ist und bleibt der Offizierberuf für solche Abiturienten attraktiv, die von den spezifischen Eigenschaften des Berufs, wie z.B. hierarchische Ordnung, Männergesellschaft, Verantwortung, Führung, Umgang mit Technik und Material u.ä., in besonderer Weise angezogen sind. Dies scheint einherzugehen mit rechts ausgerichteten Einstellungsmustern und Weltbildern. Militärische Strukturen und Zweckbestimmungen wirken anziehend auf junge Männer, die in diesen Mustern am ehesten die eigenen Mentalitäten wieder zu finden und zu realisieren glauben.⁴

Die Ergebnisse dieser Untersuchung und die zum Vergleich herangezogenen der Konstanzer Forschergruppe verweisen aber auch auf bestimmte Entwicklungen, auf gesamtgesellschaftliche Prozesse, die nicht auf Zufälligkeiten beruhen oder etwa auf wechselnde Tagesereignisse zurückzuführen wären. Sie sind in einem weiteren Sinn abhängig von einem Wandel in den gesellschaftlichen Wertvorstellungen, die mit dem Beginn des neuen Jahrhunderts Anzeichen einer erneuten „Zeitenwende“ ankündigen: „Seit Ende der neunziger Jahre scheint sich nun eine Trendwende anzudeuten. Einige traditionelle Werte gewinnen wieder an Bedeutung. Es kündigt sich ein neuer Zeitgeist an, der keine Rückkehr zu den fünfziger Jahren bedeutet, der aber durch eine weniger verkrampte Haltung zu bürgerlichen Tugenden gekennzeichnet zu sein scheint“ (Noelle-Neumann, E. und Petersen, Th., S. 40).⁵

⁴ Gerade auch bei den rasant zunehmenden Aufgaben der Bundeswehr bei internationalen Verwendungen stellt sich allerdings die Frage, ob diejenigen, die zwar einerseits ihre besondere Identifikation mit dem Offizierberuf bekunden, andererseits aber fremdenfeindliche Positionen bekleiden, auch diejenigen sind, die die Bundeswehr als Führungsnachwuchs rekrutieren will oder sollte.

⁵ In einer anderen jüngeren Untersuchungsreihe (Deutsche Shell, Hrsg., 2000, S. 261 - 282), finden sich für unseren Zusammenhang weitere und weiterführende Erkenntnisse, wenn in ähnlicher Untersuchungszielsetzung nach der Affinität von Jugendlichen zu den politischen Parteien gefragt wird. Von der Tendenz her ergänzen sich viele der Ergebnisse mit den in unserer Studie vorgestellten Daten:

- „Das politische Interesse der Jugendlichen geht weiter zurück“ (S. 263).
- „Zwei Veränderungen fallen ins Auge: Der deutliche Anstieg des CDU/CSU-Potenzials und der starke Abfall von Bündnis 90/Die Grünen“ (S. 265).
- „Seit Anfang der 80er-Jahre kann man eine klare Dreiteilung der Parteienaffinität beobachten: Auf der einen Seite die Anhänger der CDU/CSU mit einer relativ großen Zufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen und einer positiven Zukunftserwartung, auf der anderen Seite die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen mit einem größeren gesellschaftlichen Veränderungsbedürfnis ...Zwischen diesen beiden Polen pendeln die Anhänger der SPD, partiell mit den Anhängern der CDU/CSU, in anderen Punkten mit denen von Bündnis 90/Die Grünen übereinstimmend...Qualitative Untersuchungen legen den Schluß nahe, dass sich vor allem solche Jugendliche der CDU/CSU zuwenden, die ihre persönliche und gesellschaftliche Zukunft eher positiv sehen... In ihren Augen positioniert sich die CDU/CSU als eine Partei der ökonomischen Moderne, der technologischen Innovationen

Die individuell - lebensgeschichtliche Entstehung von Normen und Wertvorstellungen derjenigen, die den Offizierberuf ergreifen ist hier nicht nachzuvollziehen und war nicht Gegenstand der Untersuchung. Jedenfalls scheint ihre Wertesozialisation nach ähnlicheren und damit homogeneren Prinzipien und Mustern zu verlaufen als bei Studenten der Landesuniversitäten. Dies führt zu neuen und gleichzeitig den alten Fragen nach der Attraktivität des Offizierberufs im Sinne der Passung von biographischen Ressourcen – und dazu gehören die lebensgeschichtlich erworbenen mentalen Prägungen – und den davon abhängigen und darauf bezogenen persönlich und gesellschaftlich favorisierten Vorstellungen vom beruflichen Handeln als Offizier.

und damit des gesellschaftlichen Fortschritts...Erstaunlich und nicht recht erklärbar ist das hohe Maß an Ausländerfeindlichkeit in dieser Gruppe“ (S. 267/268).

- „Nahezu halbiert hat sich die Gruppe der Sympathisanten mit dem Bündnis 90/Die Grünen. Sie sind gut ausgebildet und damit für die Zukunft gerüstet. Ihre Vorstellungen über den Verlauf ihres weiteren Lebens sind nicht sehr klar, ihr Vertrauen in staatliche Organisationen ist eher gering. Sie sind – mit großem Abstand – die ausländerfreundlichste Gruppierung.
- „Nur unscharf konturiert sich das Bild der SPD-Sympathisanten. Bei vielen Einstellungen weisen sie ähnliche Werte auf wie die Sympathisanten der CDU/CSU. Einige Unterschiede finden sich allerdings in der sozialen Herkunft dieser beiden Gruppen. Eventuell können in der Orientierung zur SPD hin noch Reste eines traditionell sozialdemokratischen Milieus früherer Jahre vorkommen“ (S. 269).

Auch die Shell-Studie spricht von politischen Einstellungen und Wertvorstellungen in Bewegung: „Unter Berücksichtigung der messtechnischen Güte dieser Untersuchungsinstrumente ist die Größe der Veränderungen in der relativ kurzen Zeit von drei Jahren sehr erstaunlich. Nach Zeiten einer relativen Stabilität sind Einstellungen und Einschätzungen der Jugendlichen in heftige Bewegung geraten...Wir sehen deutlich, wie schnell die gesellschaftliche Entwicklung auch die Sichtweisen der Jugendlichen und ihre Vorstellungen von der eigenen und von der gesellschaftlichen Zukunft verändert hat...Jugendliche scheinen diese Herausforderung mit großer Flexibilität anzunehmen, wobei sie allerdings vom politischen System nur wenig Hilfe erwarten“ (S. 270).

Diese vorwiegend auch mit qualitativen Verfahren erhobene Erkenntnisse ergänzen unsere Ergebnisse in bestimmter Hinsicht:

- Die Entwicklung in der Zu- und Abnahme in der Affinität bestimmter politischer Programme von Parteien weist in den Zukunftsvorstellungen von Jugendlichen einen ähnlichen Trend auf.
- Die Beschreibung und Zuweisung inhaltlicher Kriterien und Zukunftsvorstellungen zu den politischen Grundrichtungen aus der Sicht von Jugendlichen (insbesondere der von CDU/CSU als einer Partei des gesellschaftlichen Fortschritts) kann eventuell auch als ein zusätzlicher Hinweis für die auffällige Häufung der Sympathie zu dieser politischen Grundrichtung in unserer Untersuchung herangezogen werden.
- Von extremen politischen Ansichten Jugendlicher wird in der Shell-Studie nicht in hervorgehobener Weise berichtet.

Literatur

- Bargel T., 2000 National-konservativer Gesinnungswandel der Studierenden? Gesellschaftlich-politische Orientierungen der Studierenden. S. 15-31 in: Ders.: Zum Wandel politischer Orientierungen bei Studierenden seit Beginn der 80er Jahre. Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung 33, Universität Konstanz: Arbeitsgruppe Hochschulforschung.
- Bonnemann A.,
Posner C., 2000 Das Offizierberufsbild im Wandel? Teilbericht aus der UniBw-Studentenbefragung 1999. Manuskript.
- Bonnemann A.,
Hoffmann-Broll U.,
1999 Studentische Orientierungen zwischen akademischer und soldatischer Lebenswelt.
- Noelle-Neumann E.,
Petersen Th., 2001 Zeitenwende. Der Wertewandel 30 Jahre später. S. 15 – 22 in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/2001.
- Fischer A., 2000 Jugend und Politik. S. 261-282 in: Deutsche Shell (Hg.) Jugend 2000, Bd.1, Opladen